

# ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

Nr. 202 | März 2026

# Wasser

ödp

## Titelthema: Wasser

- 4 **Kurzmeldungen**  
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 6 **Grundwassernutzung**  
**„Wasser ist Allgemeingut“**  
Interview mit Uwe Ritzer
- 10 **Situation in Augsburg**  
**„Daseinsvorsorge steht über Kommerzinteressen“**  
Interview mit Christian Pettinger
- 12 **Situation in Brandenburg**  
**Wasserschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe**  
von Thomas Löb
- 16 **PFAS und TFA**  
**Wasserwerke schlagen Alarm**  
von Thomas Löb
- 18 **Überschwemmungsschutz**  
**Bürgerentscheid als wirksames Instrument**  
von Simone Lettenmayer
- 20 **Naturschutz**  
**Niederbayerische Donau bleibt ein strömender Fluss**  
von Bernhard Suttner

## ÖDP – Neues aus der Partei

- 24 **Bundesvorstand**  
**Das Wasser braucht unsere Aufmerksamkeit!**  
von Günther Brendle-Behnisch
- 26 **Bundesverband**  
**Der Ökologische Rat der ÖDP**
- 28 **EU-Abgeordnete Manuela Ripa**  
**Wir brauchen auf EU-Ebene ein klares,  
verbindliches Handeln zum Schutz des Wassers!**
- 30 **JÖ – jung. ökologisch**  
**Besuch im EU-Parlament**
- 31 **Landesverbände**
- 40 **Bundesarbeitskreise**
- 44 **ÖDP aktiv!**  
**Für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Heidenheim**
- 47 **Termine**



Foto: Baum: Ungureanu Liviu/Shutterstock.com; Foto: Fildes: aryanage/pxabay.com

## Liebe Leserinnen und Leser,

# EDITORIAL

dass und wie Trockenperioden und Hochwasser zusammenhängen, ist wohl noch nicht allgemein bekannt, sondern wie so vieles im weiten Bereich der Ökologie erklärungsbedürftig. Wasser nimmt in ihr eine zentrale Rolle ein, denn es ist die Grundlage allen Lebens. Veränderungen im Wasserhaushalt haben gravierende Auswirkungen auf unsere Ökosysteme, auf unsere Landwirtschaft, auf unser Trinkwasser und somit auch auf unsere Gesundheit.

Trotzdem spielt Wasser im öffentlichen Bewusstsein noch eine untergeordnete Rolle. Auch weil komplexe Themen nicht mehr so richtig in unsere Zeit passen. Der Trend geht zur Simplifizierung. Und zur Polarisierung mit schlichter Schwarz-Weiß-Malerei und klaren Feindbildern. Wahrheiten werden nicht mehr mühsam gesucht, sondern nach Lust und Laune selbst kreiert. Nihilismus lautet ein aus der Mode gekommener Begriff für dieses Phänomen.

Doch der Wirklichkeit sind selbstgezeichnete Weltbilder egal. Sie schreitet voran. Und weil sich unser Wasser dabei zum großen Problem zu entwickeln droht, ist es wichtig, dass es nicht ausgeblendet bleibt, sondern bereits heute ins öffentliche Bewusstsein rückt. Dass unser Wasser zum Problem wird, liegt zum einen an der menschengemachten Klimaerwärmung, zum anderen am hohen Wasserverbrauch von privaten Haushalten, Landwirtschaft und Industrie.

Da unser Wasser ein lebenswichtiges Gemeingut ist, müssen wir sparsam und verantwortungsbewusst mit ihm umgehen. Um dies tun zu können, sollten wir folgenden Fragen nachgehen: Wie funktioniert der Wasserhaushalt? Welche Fehlentwicklungen gibt es bereits heute, welche drohen kurz-, mittel- und langfristig? Wer ist dafür wie stark verantwortlich? Und wie lassen sich die Fehlentwicklungen vermeiden bzw. korrigieren?

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren  
wünschen Ihnen Ihre

*Günther Hartmann* und *Jan Altnickel*

PS: Die ÖkologiePolitik-Ausgabe 192 „Wasser ist Gemeingut“ vom September 2023 finden Sie als PDF in unserem Online-Archiv: [www.oekologiepolitik.de](http://www.oekologiepolitik.de) – ÖP-Ausgaben

**Günther Hartmann**  
Verantwortlicher  
Redakteur



**Jan Altnickel**  
Stellvertretender  
verantwortlicher  
Redakteur



## Merz' Reaktion auf US-Überfall: Feigheit vor dem Freund

Den US-amerikanischen Überfall auf Venezuela und die Entführung von dessen Präsidenten Nicolás Maduro wollte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nicht kritisieren und sprach von einer „komplexen rechtlichen Situation“.



„Das war ein eklatanter Bruch des Völkerrechts!“, ist sich ÖDP-Bundeschef Günther Brendle-Behnisch sicher und kritisiert: „Hier zu laviere, wie der Kanzler das macht, ist grundfalsch, auch wenn Maduro die Menschen seines Landes unterjochte. Merz hätte den Angriff der US-Soldaten ebenso verurteilen müssen wie den Überfall Putins auf die Ukraine. Beides sind Verbrechen. Lächerlich, wie Merz sich hier windet. Das ist nur als Feigheit vor dem Freund zu verstehen.“

## Genmanipulierte Lebensmittel: EU will keine Kennzeichnung

Die EU will künftig Lebensmittel aus mit Gentechnologie manipulierte Pflanzen zulassen und den Verbraucherschutz weniger streng handhaben. Manuela Ripa, Europaabgeordnete der ÖDP, kritisiert dieses Vorhaben: „Ich bin strikt gegen die geplante Lockerung für sogenannte Neue Gentechniken (NGT). Vor allem, dass diese Produkte dann ohne Kennzeichnung in unsere Regale kommen sollen. Umwelt- und Ver-



braucherschutz werden auch dadurch massiv geschwächt, dass es keine umfassende Risikobewertung geben soll. Ebenso soll es Patente auf diese neuen Gentechniken geben, womit kleine und mittelständische Pflanzenzüchter das Nachsehen haben und die Saatgutvielfalt gefährdet wird.“

## EU-Mercosur: Handel auf Kosten von Mensch und Umwelt

Nach langem Ringen haben die EU-Regierungen einem Freihandelsabkommen mit dem lateinamerikanischen Staatenbund Mercosur zugestimmt. Ein großer Fehler, kritisiert Manuela Ripa, Europaabgeord-



nete der ÖDP: „Dieses Abkommen ist ein gewaltiger Schritt in die falsche Richtung. Es steht für eine überholte Handelspolitik, die wirtschaftliche Interessen über Klima-, Umwelt- und Menschenrechte stellt.“

## Insektensterben: Studie warnt vor hohen Folgekosten

Eine Simulation der Universität Hohenheim zeigt: Verschwinden die Wildbestäuber, würde dies Ernteausfälle und steigende Lebensmittelpreise nach sich ziehen – und die Ernährungssicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand weltweit gefährden. Der wirtschaftliche Schaden würde in Europa im Jahr 2030 rund 24 Mrd. Euro



betragen, wobei Ost- und Südeuropa besonders stark betroffen wären. Die ÖDP Baden-Württemberg sieht sich durch die Studie bestätigt, dass die Landwirtschaft umweltfreundlicher gestaltet werden muss.

## Rentenreform: „Erziehungsgehalt“ gegen Altersarmut

Auch in der aktuellen Diskussion zur Rentenreform spielt die Zeit, die für die Betreuung und die Erziehung der eigenen Kinder aufgewendet wird, keine Rolle. Die ÖDP möchte das ändern und schlägt die Einführung eines „Erziehungsgehalts“ vor – „für Mütter und Väter, die Kinder auf ihrem Weg ins Leben begleiten, aus Paritätsgründen eine finanzielle Anerkennung ihrer Arbeitsleistung“.

## Soziale Teilhabe für Gehörlose: Nur bei vollen Kassen?

Knapp 10.000 Menschen in Bayern sind gehörlos. Für sie sollte laut Koalitionsvertrag ein Gehörlosengeld analog zum Blinden- und Taubblindengeld eingeführt werden. Doch mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage kommt die finanzielle Unterstützung jetzt doch nicht. „Gewährleistet das Land Bayern soziale Teilhabe nur bei vollen Kassen?“, fragt Agnes Becker, Co-Landesvorsitzende der ÖDP Bayern, und vermutet: „Die Wählergruppe der Gehörlosen war Söder wohl nicht groß genug, um sich für sie einzusetzen.“

## Alpenschutz: 50.000 Unterschriften für „Rettung der Berge“

Die Petition „Rettet die Berge – kein Rückschritt beim Alpenschutz“ war erfolgreich. Vertreter und Vertreterinnen zahlreicher Organisationen, darunter auch die ÖDP Bayern, haben gemeinsam knapp 50.000 Unterschriften an den Vorsitzenden des

Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, Alexander Flierl, übergeben. Mit dabei war auch Tobias Ruff, Co-Landesvorsitzender der ÖDP, die beim Sammeln der Unterschriften gegen das umstrittene verabschiedete Modernisierungsgesetz aktiv war.



## Rettungswagen: Grundversorgung, keine Einnahmequelle!

Aktuell werden Gebühren für den Einsatz von Rettungswagen diskutiert und vorbereitet. Nach Ansicht der ÖDP NRW gefährden solche Pläne die gesundheitliche Sicherheit der Bevölkerung und stellen einen Bruch mit dem Grundverständnis öffentlicher Daseinsvorsorge dar.

## EU-Entwaldungsverordnung: Schwächung des Waldschutzes

Das EU-Parlament hat eine überarbeitete und zeitlich angepasste Fassung seiner Entwaldungsverordnung verabschiedet. Dabei werden wichtige Maßnahmen verändert, die vollständige Rückverfolgbarkeit eingeschränkt und bestehende Entwaldungspraktiken nicht in allen Bereichen konsequent adressiert. Manuela Ripa, Europaabgeordnete der ÖDP, kritisiert dies: „Das bedeutet, dass wir im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrise wertvolle Zeit verlieren und zugleich zusätzliche Ausnahmen zulassen, die den gemeinsamen Anspruch an wirksamen Waldschutz abschwächen können.“

Grundwassernutzung

# „Wasser ist Allgemeingut“

**Der Wasserverbrauch steigt, die Grundwasserspiegel sinken. Der Klimawandel wird dieses Problem verschärfen. Im öffentlichen Bewusstsein ist es aber bislang noch kaum präsent. Ein bekannter Wirtschafts- und Investigativjournalist möchte dies ändern und hat sich tief in die Materie eingearbeitet.**

Interview mit Uwe Ritzer

**ÖkologiePolitik: Herr Ritzer, Sie arbeiten seit über 20 Jahren als Wirtschafts- und Investigativjournalist. Woher kommt ihr Interesse am Thema „Wasser“?**

Uwe Ritzer: Es entstand zufällig. Wie für zig Millionen andere Menschen in Deutschland und Mitteleuropa war Wasser für mich jahrzehntelang eine alltägliche Selbstverständlichkeit. Nichts, worüber ich mir Gedanken machte. Es war ja stets im Überfluss verfügbar. Dann steckte mir 2019 ein Informant, dass einer der größten Mineralwasserkonzerne, die Firma Altmühltaler im bayerischen Treuchtlingen, seine Entnahmen von reinstem, 10.000 Jahre altem Tiefengrundwasser mehr als verdoppeln wolle

**„Fast drei Viertel des Frischwasserverbrauchs in Deutschland gehen auf das Konto der Wirtschaft.“**

und das entsprechende Genehmigungsverfahren bewusst hinter dem Rücken der Öffentlichkeit durchgezogen werde. Niemand sollte davon erfahren. Das habe ich 2019 in der „Süddeutschen Zeitung“ aufgedeckt. Danach war die Aufregung groß, vor allem aber erreichten mich von Kolleginnen und Kollegen, aber auch aus der Leserschaft vie-

**Uwe Ritzer**  
 Jahrgang 1965, absolvierte ein Volontariat bei den „Nürnberger Nachrichten“ und arbeitete anschließend für verschiedene Regionalzeitungen und Rundfunksender. Seit 1998 ist er für die „Süddeutsche Zeitung“ tätig, seit 2005 als Wirtschafts- und Investigativjournalist. Für seine Artikel wurde er mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.  
[uwe.ritzer@sz.de](mailto:uwe.ritzer@sz.de)



Foto: Rainer Lenz

le Fragen: Wem gehört eigentlich Wasser? Wer darf wie viel davon entnehmen und wer entscheidet darüber? Haben wir eigentlich genug Vorräte? Damit war mein Interesse geweckt, seitdem beschäftige ich mich intensiv mit Wasser.

**Ihr 2023 erschienenes Buch heißt „Zwischen Dürre und Flut“. Wie hängen die beiden Phänomene zusammen?**

Grob zusammengefasst: Der Klimawandel sorgt sowohl für längere Hitze- und Trockenperioden als auch für mehr Starkregen und Überschwemmungen. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

**Wie hängt damit unsere Trinkwasserversorgung zusammen?**

In Hitze- und Dürreperioden steigt logischerweise der Wasserbedarf in Privathaushalten, der Landwirtschaft, aber auch

in anderen Lebens- und Wirtschaftsbereichen. Gleichzeitig kommt von oben kein oder kaum Regen. Folglich schwindet unser Grundwasser, aus dem etwa zwei Drittel des Trinkwassers in Deutschland gewonnen werden. Aber auch Flüsse, Bäche oder Seen führen weniger Wasser, weil auch viel ver-

**„Es findet ein Ausverkauf zugunsten einiger weniger statt, von dem die Allgemeinheit nichts hat.“**

dunstet. Umgekehrt liefern Starkregen und Extremwetter viel Wasser, das der Boden aber allein der gewaltigen Mengen wegen nicht so schnell verarbeiten und versickern lassen kann. Also fließen enorme Mengen oberflächlich ab und füllen die Grundwasservorräte nicht nach. Dieses Wasser ist für die Trinkwassergewinnung verloren. Gleichzeitig wächst in Deutschland aber der Wasserverbrauch. Zumal viele neue Großverbraucher nachkommen, denken

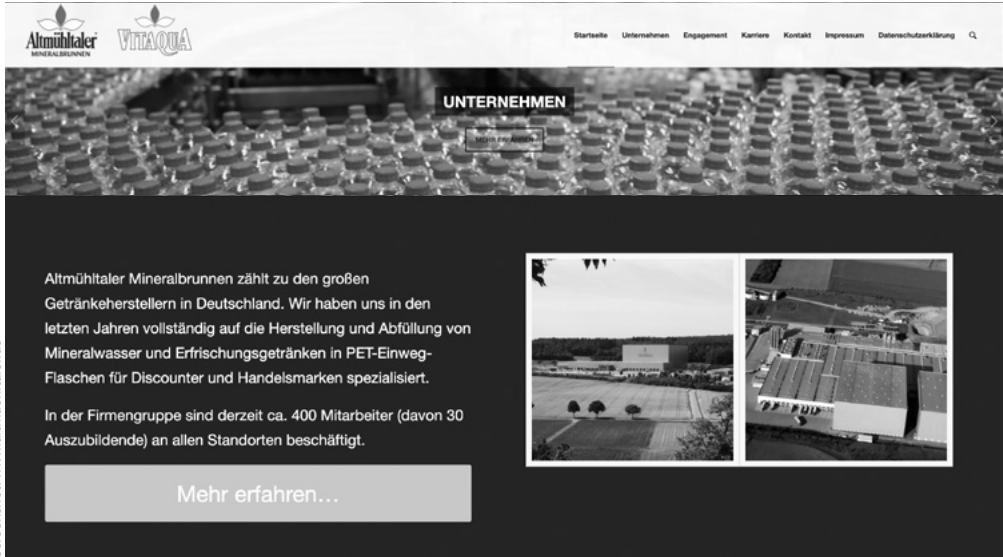
Vortrag von Uwe Ritzer  
**Der Ausverkauf – Wasser, Boden, Rohstoffe**  
 Katholische Akademie Freiburg, 12.11.2025  
[www.t1p.de/9zv8d](http://www.t1p.de/9zv8d)

Interview mit Uwe Ritzer  
**Profit durch Allgemeingut: So werden Wasser, Boden und Rohstoffe genutzt**  
 SWR 1, 06.05.2025  
[www.t1p.de/1bqpw](http://www.t1p.de/1bqpw)

Sie an Rechenzentren oder Chipfabriken. Die Trinkwasservorräte schrumpfen also, während der Verbrauch steigt.

**Wer verbraucht am meisten Wasser: Industrie, Landwirtschaft oder private Haushalte? Und wer kann am ehesten sparen?**

Wenn es knapp wird, appellieren die Behörden regelmäßig an die Privathaushalte, mit Wasser sparsamer umzugehen. Das ist richtig, greift aber viel zu kurz. Fast drei Viertel des Frischwasserverbrauchs in Deutschland gehen auf das Konto von Wirtschaft im weitesten Sinne: von Industrie, Energieversorgern, Nahrungsmittel-



Altmühltaler Mineralbrunnen VITAQUA

Startseite Unternehmen Engagement Karriere Kontakt Impressum Datenschutzerklärung

**UNTERNEHMEN**

Altmühltaler Mineralbrunnen zählt zu den großen Getränkeherstellern in Deutschland. Wir haben uns in den letzten Jahren vollständig auf die Herstellung und Abfüllung von Mineralwasser und Erfrischungsgetränken in PET-Einweg-Flaschen für Discounter und Handelsmarken spezialisiert.

In der Firmengruppe sind derzeit ca. 400 Mitarbeiter (davon 30 Auszubildende) an allen Standorten beschäftigt.

Mehr erfahren...

Die Machenschaften des Getränkeherstellers „Altmühltaler“ brachten Uwe Ritzer auf das Thema „Wasser“.

und Getränkeherstellern, Landwirtschaft. Die Haushalte verbrauchen anteilig deutlich weniger. Und sie sparen schon lange. Der private Pro-Kopf-Wasserverbrauch in Deutschland geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Folglich gilt: Wer Wasser im großen Maßstab sparen und den Verbrauch eindämmen will, muss bei den großen Schluckern ansetzen. Und nicht immer nur an den Einzelnen appellieren, damit der seine Pflänzchen im Garten nicht mehr gießt oder keinen Pool aufstellt.

**Ihr 2025 erschienenes Buch heißt „Der Ausverkauf“. Wie funktioniert der beim Wasser?**

Wasser ist ein Allgemeingut, es gehört uns allen. Und oberstes Ziel muss es sein, stets genug zu haben für persönliche, aber auch wirtschaftliche Belange. Es ist ein Unding, dass Unternehmen vom Konzern bis zum Landwirt für das Wasser, das sie aus eigenen Brunnen und Quellen aus dem Boden holen, nichts oder nur minimale Centbeträge als sogenannten „Wassercent“ für den Kubikmeter bezahlen. Das lädt geradezu dazu ein, die Vorräte zu plündern. Es findet ein Aus-

verkauf zugunsten einiger weniger statt, von dem die Allgemeinheit nichts hat. Das geht nicht mehr lange gut. Nicht das volumemäßig größte, aber ein gutes Beispiel sind Mineralwasserfirmen. Sie entnehmen bestes

**„Wer Wasser im großen Maßstab sparen will, muss bei den großen Schluckern ansetzen.“**

Grundwasser, zahlen dafür nichts oder marginal, füllen es in Plastikflaschen ab und verkaufen es mit gewaltigen Gewinnspannen.

**Welche Konzerne haben es aufs Wasser abgesehen?**

Es griffe ein wenig zu kurz, einzelne Namen zu nennen und auf die mit dem Anklagefinger zu zeigen. Außer vielleicht auf den LEAG-Konzern, der in Ostdeutschland nach Einschätzung von Kritikern in Sachen Wasser nahezu tun und lassen kann, was er will. Es ist aber ein systemisches Thema: Die größten Wasserschlucker sind Energieversorger, Chemie- und die Papierindus-

trie, aber auch viele andere Branchen, die Wasser zum Kühlen ihrer Anlagen nutzen. Weltweit ist die Landwirtschaft der größte Wasserverbraucher. Experten gehen davon aus, dass sich der Wasserbedarf der Bauern in Deutschland in den kommenden Jahren verdoppeln wird. Auch hier lässt der Klimawandel grüßen.

**Wohin kann diese Entwicklung führen?**

Mittelfristig in den Wassernotstand. Um es aber auch klar zu sagen: Niemand muss in Deutschland Angst haben, beim nächsten oder übernächsten Hitzesommer zu verdursteten. Aber es ist auch klar: Wenn der Verbrauch steigt, die Vorräte schrumpfen und Grund-



*Lange Trockenperioden lassen kleine Bäche und Tümpel austrocknen – und den Grundwasserpegel sinken.*

wasserstände nicht ausreichend nachgefüllt werden, und nichts dagegen unternommen wird, steuern wir auf ein Problem zu. Genau das ist momentan der Fall. Das ist nicht nur meine Analyse, darauf gründet die nationale Wasserstrategie, welche die Bundesregierung im März 2023 verabschiedet hat, deren Umsetzung aber nicht in die Gänge kommt.

**Was sollte getan werden, um das zu verhindern?**

Die 78 Vorschläge der Wasserstrategie müssen endlich umgesetzt werden. Ich rate jedem dazu, sie nachzulesen. Sie reichen von ökologischerer Bodenbewirtschaftung über besseren Gewässerschutz bis hin zu Regenwassermanagement. Darüber hinaus muss

Uwe Ritzer  
**Der Ausverkauf**  
Wasser, Boden, Rohstoffe:  
Wer mit unseren Ressourcen  
Profite macht und was  
wir dagegen tun können  
Penguin, Mai 2025  
288 Seiten, 23.00 Euro  
978-3-328-60406-8



Uwe Ritzer  
**Zwischen Dürre und Flut**  
Deutschland vor dem  
Wassernotstand:  
Was jetzt passieren muss  
Penguin, April 2023  
304 Seiten, 20.00 Euro  
978-3-328-11028-6



die Politik aber endlich anfangen, Großschlucker an die Kandare zu nehmen, damit die ihren Verbrauch senken. Eine spürbare Erhöhung des Wassercent's wäre dabei ein probates Steuerungsinstrument. Solange ein Konzern für einen Kubikmeter Wasser nur ein paar Cent bezahlt, besteht für ihn keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, über Wassersparen auch nur nachzudenken, geschweige denn in entsprechende Technik oder auch in Rückhaltesysteme zu investieren. Diese Anreize muss man aber

**„Wer sich am Allgemeingut Wasser bedient, muss der Allgemeinheit auch etwas dafür bezahlen.“**

schaffen und meinetwegen aus den Einnahmen des Wassercent's die Firmen auch subventionieren, wenn sie entsprechend investieren. Ganz abgesehen davon vertrete ich grundsätzlich die Ansicht: Wer sich am Allgemeingut Wasser bedient, muss der Allgemeinheit auch etwas dafür bezahlen.

**Herr Ritzer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**



*Starkregen fließt als Hochwasser schnell ab und trägt kaum etwas zur Regeneration des Grundwassers bei.*

Situation in Augsburg

# „Daseinsvorsorge steht über Kommerzinteressen“

**Wasser spielt in Augsburg seit jeher eine zentrale Rolle. Sein Wassermanagement wurde 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt, sein Trinkwasser zählt zu den besten in Deutschland. Aber ist die Grundwassernutzung auch nachhaltig? Das wollte ein Stadtrat wissen und stellte eine Anfrage ans Umweltreferat.**

Interview mit Christian Pettinger

**ÖkologiePolitik:** Herr Pettinger, Sie stellten 2025 eine umfangreiche Anfrage zur Grundwasserversorgung ans Augsburger Umweltreferat. Warum?

Christian Pettinger: Damals lief gerade die Diskussion über die Einführung eines sogenannten „Wassercents“ in Bayern. Dürrejahre – vor allem in Franken – hatten gezeigt, dass mit dem Klimawandel das Wasser knapp werden kann. Die Staatsregierung reagierte mit der Idee einer Grundwasserentnahmeabgabe. Richtig gemacht, hätte diese zum Wassersparen anregen können. Doch leider hat sich die Staatsregierung von Lobbyisten weichklopfen lassen und riesige Freikontingente für Vielverbraucher wie Getränkeindustrie und Landwirtschaft eingeführt. Und die müssen nicht einmal die entnommenen Wassermengen per Zähler nachweisen. Ich wollte deshalb wissen, wie viel Grundwasser in Augsburg von wem entnommen wird und ob sich diese Entnahmemenge regeneriert.

**Wie war die Antwort?**

Leider sehr allgemein. Das Umweltreferat verwies darauf, dass sich die Grundwasserspiegel im Stadtgebiet seit Jahrzehnten nicht verschlechtert hätten und der Wasserverbrauch pro Kopf zurückgegangen sei. Auch

der Wasserverbrauch aus Textil- und Maschinenbauindustrie, die in früheren Jahren sehr viel Wasser aus eigenen Brunnen gefördert hätten, sei stark zurückgegangen. Also sei für Augsburg Entwarnung angesagt. Verwiesen wird auch auf die „Wasserversorgungsbilanz Schwaben 2025“ der Bezirksregierung. Die bescheinigt, dass „derzeit keine Konflikte bei der Ressourcennutzung zu Bewässerungszwecken mit der öffentlichen Wasserversorgung bekannt“ seien. Allerdings bestünden

**„Wir müssen aufpassen, dass unser Trinkwasser nicht für andere Zwecke als zur Versorgung der Bevölkerung verkauft wird.“**

schon heute konkurrierende Nutzungen von Industrie- und Gewerbebetrieben. Für 2026 kündigt die Bezirksregierung nun eine weitere Wasserversorgungsbilanz an, die Prognosen bis 2050 enthalten soll.

**Also alles in Ordnung?**

Das werden wir erst mit der angekündigten Wasserversorgungsbilanz bis 2050 erkennen können. Ich hoffe, dann die Zahlen zu erhalten, die man mir auf meine Nachfra-

ge hin bisher noch nicht gegeben hat. Dann lässt sich erkennen, ob wir unsere Grundwasserquellen über das Maß der Regenerationsfähigkeit hinaus ausbeuten. In jedem Fall müssen wir höllisch aufpassen: Die Staatsregierung plant eine Wasser-Ringpipeline, in welche die Regionen mit hohem Wasservorrat einspeisen sollen, um die Regionen mit niedrigem Wasservorrat zu unterstützen. Das klingt erst mal nach einer solidarischen Aktion unter Nachbarn, aber erfahrungsgemäß stecken bei der Staatsregierung immer irgendwelche kommerziellen Interessen von Gewerbe und Industrie dahinter.



Der Augsburger Hochablass ist ein Wehr im Lech zur Wasserableitung ins System der Lechkanäle.

**Christian Pettinger**

Jahrgang 1963, studierte Elektrotechnik und arbeitete anschließend bei einem Hersteller elektronischer Messgeräte in der Softwareentwicklung. 1996 trat er in die ÖDP ein, ist Vorstandsmitglied des Kreisverbands Augsburg-Stadt und Präsidiumsmitglied des Bundesparteitag. Seit 2014 sitzt er im Augsburger Stadtrat.

[christian.pettinger@oedp.de](mailto:christian.pettinger@oedp.de)



Foto: Behnbohm

**Welchen Stellenwert hat das Thema „Wasser“ derzeit in Augsburg?**

Wasser ist in Augsburg seit jeher ein zentrales Thema: Die Römer gründeten die Stadt am Zusammenfluss von Wertach und Lech. Früh wurde das Wasser durch Kanäle in die Stadt geführt. Früh gab es eine Wasserversorgung. Und durch die Nutzung der Wasserkraft eine wirtschaftliche Blüte. Das Augsburger Wassermanagement wurde 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt. Das Trinkwasser zählt aktuell zu den qualitativ hochwertigsten in Deutschland. Dies zu sichern, muss Ziel der kommunalen Daseinsvorsorge sein. Da die Augsburger schon mal durch ein Bürgerbegehren den Ausverkauf der Grundwassererfas-

sungsflächen verhinderten, sind sie hierfür bereits sensibilisiert.

**Wohin sollte deshalb das Interesse der Kommunen zielen?**

Die Augsburger Stadtwerke arbeiten im Trinkwasserbereich seit Kurzen auch mit einem Versorgungsunternehmen der südwestlichen Nachbarregion zusammen. Für die Stadtwerke ist Wasser inzwischen ein Erfolgsgeschäft, während die Energie- und Verkehrssparte eher Sorgenkinder sind. Insofern müssen wir aufpassen, dass unser Trinkwasser nicht für andere Zwecke als zur Versorgung der Bevölkerung verkauft wird. Und wir müssen verhindern, dass gewerbliche Nutzer den Trinkwasservorrat durch Entnahme von Grundwasser über eigene Brunnen zu sehr verringern. Dazu braucht es eine Gesetzesinitiative im Deutschen Städtetag, die eine Grundwasserentnahme aus eigenen Brunnen zukünftig nur noch gegen einen überprüfbaren Mengennachweis erlaubt. Die Nachhaltigkeit der Wasserentnahme muss sichergestellt sein! Die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung steht über Kommerzinteressen!

**Herr Pettinger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**

Situation in Brandenburg

# Wasserschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

In Brandenburg wird das Wasser knapp – regional und saisonal, obwohl das Bundesland über viele Seen verfügt und lange als wasserreich galt. Und das vorhandene Wasser ist oft mit Schadstoffen belastet. Die Ansiedlung großer Industrieunternehmen wie Tesla verschärft die Situation.

von Thomas Löb

Rund 96 % des Brandenburger Trinkwassers stammen aus Grundwasser. Sinkende Pegel wirken sich daher unmittelbar auf die Versorgungssicherheit aus. Heiße, trockene Sommer lassen den Wasserbedarf von Haushalten, Landwirtschaft sowie Kühl- und Bewässerungsanlagen sprunghaft steigen. Im Hitzesommer 2023 mussten nahezu alle Brandenburger Landkreise die Wasserentnahmen beschränken.

Mit der Ansiedlung wasserintensiver Industrien wächst zudem der Wasserbedarf weiter. Gleichzeitig nimmt die Belastung des Grundwassers durch Schadstoffe zu. Für Versorger wird es immer schwieriger und kostenintensiver, qualitativ hochwertiges Trinkwasser bereitzustellen.

## Ursachen des Grundwasserstresses

Die Gründe sind regional unterschiedlich. Neben der öffentlichen Wasserversorgung tragen in manchen Landkreisen gewerbliche Entnahmen erheblich zur Belastung bei. Die Klimaerwärmung verstärkt diese Dynamik, denn sie erhöht die Verdunstung. Starkregen trägt hingegen wenig zur Grundwasserneubildung bei. Die Wasserstände in Seen und Fließgewässern sinken, kleinere Gewässer

**Thomas Löb**  
 Jahrgang 1966, studierte Landschaftsarchitektur, erlernte den Beruf des Kongress- und Messeorganisations und ist aktuell in der Kultur- und Bildungsarbeit tätig. In die ÖDP trat er 2019 nach längerer Pause wieder ein, war im Landesverband Brandenburg von 2024 bis Januar 2026 dessen Vorsitzender und ist seit Januar 2026 dessen Vorsitzender.  
 thomas.loeb@oedp.de



Foto: Gunnar Bernskötter

trocknen aus – und mit ihnen verschwinden wertvolle Ökosysteme.

Der fallende Pegel der Spree hat jedoch noch eine weitere Ursache: den Braunkohleausstieg in der Lausitz. Jahrzehntlang

**Im Hitzesommer 2023 mussten nahezu alle Brandenburger Landkreise die Wasserentnahmen beschränken.**

wurde dort zwecks Abbau das Grundwasser abgepumpt und in die Spree eingeleitet. Mit der endgültigen Stilllegung der Tagebaue ab 2038 entfällt diese künstliche Wasserzufuhr dann komplett.



Thomas Löb und Mitstreiter protestieren vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder gegen die Gefährdung der Trinkwasserversorgung durch Tesla.

## Wassernutzung und Verteilungskonflikte

Wie lässt sich Wasser künftig besser schützen, gerecht verteilen und dauerhaft sichern? Das Brandenburgische Wassergesetz muss grundlegend reformiert werden. Ein Wasserrecht, das Knappheit ignoriert, gefährdet langfristig die Lebensgrundlagen des Landes. Denn Grundwasser wird nicht nur für die öffentliche Versorgung genutzt, sondern in erheblichem Umfang auch wirtschaftlich verwertet.

Die vom BUND beauftragte bundesweite Grundwasserstudie des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) zeigt: Jahr für Jahr werden in allen Regionen Brandenburgs mehr als 20 % der neu gebildeten Grundwassermenge entnommen – ein strukturelles Übernutzungsproblem.

## Tesla-Werk in Grünheide

Kurz nach Bekanntgabe der Tesla-Baupläne Ende 2019 wurde der lokale Wasserverband

Strausberg-Erkner (WSE) von der Landesregierung und einigen Bürgermeistern dazu gedrängt, einen Versorgungsvertrag über bis zu 1,8 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser pro Jahr

**Der wachsende Wasserbedarf übersteigt langfristig das nachhaltig verfügbare Wasserdargebot.**

abzuschließen – der Jahresverbrauch einer Kleinstadt, in einer ohnehin wasserarmen Region. Schon damals war klar, dass weitere betriebliche Ausbaustufen von Tesla, seiner Zulieferbetriebe, eines neuen technischen Hochschulcampus und damit verbundene Bevölkerungszuwachs folgen würden.

Der steigende Bedarf übersteigt langfristig das nachhaltig verfügbare Wasserdargebot. Hinzu kommt das Risiko der Wasserverschmutzung, denn die Fabrik liegt in einem hochsensiblen Trinkwasserschutzgebiet auf sandigem Untergrund mit

kaum geschütztem Grundwasserleiter. Seit der Werkseröffnung im März 2022 wurden mehr als 26 Chemikalien- und Lackunfälle öffentlich bekannt. Schadstoffe könnten ins Grundwasser gelangt sein, die regionale Trinkwasserversorgung zukünftig gefährden.

Auch die Abwasserentsorgung ist konfliktbeladen. Nach Messungen des WSE überschritt Tesla wiederholt vereinbarte Grenzwerte – bei Stickstoff und Phosphor teils um das Sechsfache. Da der WSE Abwasser an die Berliner Wasserbetriebe weiterleitet, drohen bei übermäßiger Verschmutzung Strafzahlungen oder eine Annahmeverweigerung von Abwässern.

### Konsequenzen für das Wasserrecht

Es besteht die Gefahr, dass in Zeiten der Knappheit industrielle Großverbraucher bevorzugt werden und die Bedürfnisse der Bevölkerung zurückstehen müssen. Eine klare rechtliche Regelung fehlt – in Brandenburg wie bundesweit. Das deutsche Wasserrecht stammt aus einer Zeit, in der

**Angesichts der Klimaerwärmung ist eine grundlegende Reform des Wasserrechts dringend erforderlich.**

Wasser als nahezu unbegrenzt verfügbar galt. Entsprechend konzentriert es sich bis heute auf die Wasserqualität, den Hochwasserschutz sowie auf die Entnahme- und Einleitungsrechte. Inhaltliche Regelungen für Mangelsituationen fehlen hingegen weitgehend. Eine grundlegende Reform ist daher überfällig – mit der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung als oberster Priorität.

Real sieht das anders aus. In Baruth/Mark darf etwa Red Bull rund 92 % der ge-

Thomas Löb  
**Wie deutsche Politiker Elon Musk hofierten**

ÖkologiePolitik, 08.04.2025  
[www.t1p.de/avf7k](http://www.t1p.de/avf7k)

Thomas Löb  
**Tesla in Grünheide – ein Skandal!**

ÖkologiePolitik, 21.05.2021  
[www.t1p.de/4t2ly](http://www.t1p.de/4t2ly)

nehmigten Entnahmemenge nutzen, für die Bevölkerung verbleiben 8%. Und im Braunkohletagebau Jänschwalde entnahm die Lausitz Energie Bergbau AG zeitweise das Vierfache der erlaubten Menge. Neben der Klimaerwärmung verschärfen auch menschliche Eingriffe die Lage. Intensive Grundwasserentnahmen, die Entwässerung der Landschaft durch Gräben und Drainagen sowie durch die zunehmende Flächenversiegelung verhindern, dass Niederschläge versickern und die Grundwasserneubildung stabil bleibt – im Sinne eines echten „Schwammlandes Brandenburg“.

### Konkrete gesetzliche Konsequenzen

Ein zeitgemäßes Wassergesetz muss darauf abzielen, Wasser länger in der Landschaft zu halten, Verdunstungsverluste zu reduzieren, Versickerung gezielt zu fördern und Grundwasserstände zu stabilisieren. Auch der Zustand der oberirdischen Gewässer zeigt den Handlungsdruck. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet alle Mitgliedstaaten, ihre Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu versetzen. Brandenburg wird dieses Ziel klar verfehlen, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird.

Deutlich konsequentere Maßnahmen sind notwendig! Es braucht mehr Wasserrückhalt, Schutz und Wiederherstellung wertvoller Lebensräume sowie eine

aktive Förderung der Grundwasserneubildung. Entscheidungen über Wassernutzungen müssen auf einer belastbaren Datengrundlage beruhen. Denn nur so können Behörden verantwortungsvoll und vorausschauend handeln. Die öffentliche

### Die öffentliche Trinkwasserversorgung muss aus Gründen des Gemeinwohls stets Vorrang haben.

Trinkwasserversorgung muss stets Vorrang haben – und bezahlbar bleiben. Der Gewässerschutz darf sich nicht auf formale Mindeststandards beschränken, sondern muss den ökologischen und chemischen Zustand tatsächlich verbessern.

1) Alle Wassernutzungen, die über den Gemeingebrauch hinausgehen, müssen grundsätzlich erlaubnispflichtig werden. Nur wenn den Behörden bekannt ist, wer wie viel Wasser entnimmt oder einleitet, können sie kumulative Effekte bewerten und nachhaltig entscheiden – für Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus gleichermaßen.

2) Das Wassernutzungsentgelt muss so gestaltet sein, dass es gerecht, transparent und wirksam steuert. Heute ist das Gegenteil der Fall: Während die Trinkwasserversorgung Entgelte zahlt, sind Landwirtschaft und Bergbau häufig davon befreit. Besonders die privilegierte landwirtschaftliche Beregnung steht im Widerspruch zu einem sparsamen Umgang mit Wasser. Deshalb braucht es eine einheitliche Entgeltspflicht für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Nutzungen, verlässliche und stabile Entgelte für die Trinkwasserversorgung sowie höhere Entgelte für besonders wasserintensive oder ineffiziente Nutzungen.

3) Gewässerrandstreifen sind ein zentrales Instrument des Gewässerschutzes. 10 Meter an Fließgewässern und 30 Meter an Seen sollten dauerhaft frei von Dünger- und Pestizideinsatz bleiben. Solche Pufferzonen reduzieren Nährstoff- und Schadstoffeinträge, fördern naturnahe Strukturen, steigern die ökologische Qualität der Gewässer und entschärfen Konflikte mit geschützten Arten wie dem Biber.

4) Moore, Auen und Feuchtgebiete müssen als natürliche Wasserspeicher konsequent geschützt und wo möglich wiedervernässt werden. Entwässerte Moore verlieren ihre Speicherfunktion und setzen erhebliche Mengen Treibhausgas frei.

### Wasser als Gemeingut sichern

Politische Maßnahmen müssen sowohl den natürlichen Wasserkreislauf stärken als auch die Nutzung regulieren. Ein gemeinwohlorientierter, zukunftsfähiger Wasserhaushalt in Brandenburg ist möglich – aber nur, wenn Wasser wieder als das behandelt wird, was es ist: ein begrenztes, lebensnotwendiges Gut. Wasserschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe.





PFAS und TFA

# Wasserwerke schlagen Alarm

**Jahrelang wurden PFAS und TFA – Stoffe, die in der Umwelt schlicht nichts verloren haben – legal in deutsche Gewässer eingeleitet. Heute stellt sich die unbequeme Frage: Wie entfernt man Substanzen, die sich hartnäckig anreichern, nicht abgebaut werden und sich mit gängigen Verfahren kaum filtern lassen?**

von Thomas Löb

PFAS und TFA gehören zu jenen Chemikalien, die sich unbemerkt in unseren Alltag eingeschlichen haben. PFAS steht für „per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen“, TFA für „Trifluoressigsäure“. PFAS machen Pfannen antihaftend, Outdoor-Kleidung wasserabweisend und Teppiche schmutzresistent; sie stecken in Möbeln, Verpackungen und sogar in bestimmten Feuerlöschschäumen. TFA entsteht teils als Abbauprodukt dieser Stoffe, wird aber auch gezielt in der Pharmaindustrie und als Lösungsmittel eingesetzt.

Deutschland ist europäischer Spitzenreiter bei der PFAS-Produktion, die über 10.000 Substanzen umfasst! 6 Fabriken stehen hierzulande – mehr als in jedem anderen EU-Land. Dazu gehören Solvay in Bad Wimpfen im Landkreis Heilbronn, Daikin in Frankfurt am Main, Lanxess in

**Thomas Löb**

Jahrgang 1966, studierte Landschaftsarchitektur, erlernte den Beruf des Kongress- und Messeorganisations und ist aktuell in der Kultur- und Bildungsarbeit tätig. In die ÖDP trat er 2019 nach längerer Pause wieder ein, war im Landesverband Brandenburg von 2024 bis Januar 2026 Schatzmeister und ist seit Januar 2026 dessen Vorsitzender.

thomas.loeb@oedp.de



Foto: Gunnar Bernskötter

Leverkusen sowie 3M, Archroma und W. L. Gore im Chemiepark Gendorf im oberbayerischen Chemiedreieck. Dass PFAS gesundheitsschädlich sein können, ist der Industrie seit den 1960er-Jahren bekannt.

**Massive Gesundheitsgefährdungen**

Sie reichern sich gar im menschlichen Körper an – und das längst in bedenklichem Ausmaß. Bereits 20% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland weisen kritische PFAS-Werte im Blut auf. Die möglichen Langzeitfolgen reichen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Leberschäden bis hin zu einem geschwächten Immunsystem und Unfruchtbarkeit. Die Belastung steigt weiter. Der Freiburger Chemiker Michael Müller dokumentiert eine Verzehnfachung der TFA-Konzentrationen in Weinproben innerhalb von nur 15 Jahren.

BUND in Bayern  
**Trinkwassertest: In 42 von 46 Stichproben wurden Ewigkeitschemikalien nachgewiesen**  
 Pressemitteilung, 04.11.2025  
[www.t1p.de/86p5y](http://www.t1p.de/86p5y)

Alexander Dambach  
**Experte zu Ewigkeits-Chemikalie TFA: „Es ist falsch und dumm, so etwas freizusetzen“**  
 SWR, 28.06.2025  
[www.t1p.de/0entf](http://www.t1p.de/0entf)

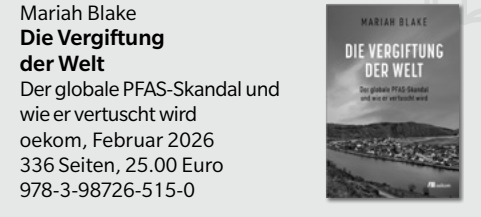
Das Problem steht exemplarisch für ein jahrzehntelanges, nahezu blindes Vertrauen in technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum. Was einst als Innovation gefeiert wurde, findet sich heute in Trinkwasser, Nahrung und unseren Körpern wieder. Fachleute warnen seit Jahren: Schäden durch Stoffe wie TFA lassen sich kaum noch rückgängig machen. Technische Lösungen existieren höchstens auf dem Papier – in der Praxis wären sie weder finanziell noch energetisch realisierbar. Während die Industrie lange profitierte, tragen heute Umwelt und Bevölkerung die Last.

Auch die Wasserwerke schlagen Alarm. In den Einzugsgebieten von Bodensee, Rhein und Aare steigen die Belastungen rasant. Am Hochrhein hat sich die TFA-Konzentration innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Rund die Hälfte stammt aus Industrie und Haushalten, der Rest aus der Landwirtschaft. Obwohl TFA in der Umwelt praktisch nicht abgebaut wird, gelangt es weiterhin ungehindert in die Gewässer – und damit dauerhaft ins Trinkwasser. Warum akzeptieren wir das als Gesellschaft so erstaunlich klaglos?

**Weitreichende Umweltschäden**

Während Behörden mit Leitwerten arbeiten, die Umweltverbände für deutlich zu hoch halten, übernehmen NGOs Aufgaben, die eigentlich staatliche wären: messen, warnen, informieren, Konsequenzen einfordern. Verbindliche Regeln für den Einsatz und die Entsorgung von TFA fehlen bis heute. Lediglich ein gesundheitlicher Leitwert des Umweltbundesamts existiert: 60 µg/L im Trinkwasser.

Vielorts enthält Regen mittlerweile sogar mehr PFAS, als die EU eigentlich zulässt. Die Stoffe sind so mobil, dass sie selbst in abgelegenen Gebieten wie Tibet



Mariah Blake  
**Die Vergiftung der Welt**  
 Der globale PFAS-Skandal und wie er vertuscht wird  
 oekom, Februar 2026  
 336 Seiten, 25.00 Euro  
 978-3-98726-515-0

oder der Antarktis nachweisbar sind. Während EU-weit über ein umfassendes PFAS-Verbot diskutiert wird, setzt Deutschland weiterhin auf unverbindliche Leitwerte. Die Folgen sind sichtbar: Es ist überall – in Oberflächengewässern, im Grundwasser, in Lebensmitteln. Meeresschaum an Nord- und Ostsee weist Werte auf, die bis zu 4.000-fach über den Grenzwerten anderer Länder liegen.

**Schnellstmöglich beschränken!**

Prof. Martin Scheringer von der ETH Zürich bringt es auf den Punkt: „Grundsätzlich ist die Freisetzung einer gar nicht abbaubaren Substanz sehr problematisch; salopp gesagt: falsch und dumm.“ Wer heute nicht handelt, zahlt morgen: mit Steuergeld, höheren Wasserpreisen und irreversiblen Schäden an Ökosystemen. Das Muster ist altbekannt: Die Verschmutzung ist billig, die Reinigung teuer. Die Rechnung landet bei der Allgemeinheit.

Die ÖDP fordert deshalb eine schnellstmögliche Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe für alle Anwendungen. Zeitlich befristete Ausnahmen sollte es nur für essenzielle Bereiche geben – verbunden mit einer konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips bei der Aufbereitung und Sanierung kontaminierter Wasser und Böden. Notwendig ist eine vorsorgeorientierte Chemikalienpolitik, die Umwelt und Gesundheit schützt, statt Risiken lediglich zu verwalten.

Überschwemmungsschutz

# Bürgerentscheid als wirksames Instrument

**Überschwemmungsschutz wird von vielen Kommunen nicht ernst genommen. Zu verführerisch ist es, immer neues Bauland auszuweisen: Das kann Grundeigentümer reich machen, versiegelt aber dringend benötigte Ausgleichs- und Versickerungsflächen. In Taufkirchen wurde deshalb Überschwemmungsschutz per Bürgerentscheid durchgesetzt.**

von Simone Lettenmayer

Die Zunahme von Starkregenereignissen wird oft kleingeredet. Und der Kipppunkt, ab dem eine Gemeinde durch immer dichtere Bebauung wassergeologisch gefährdet ist, lässt sich nicht exakt vorhersagen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist jedoch unbestritten, dass sich nicht jede Gemeinde gleichermaßen für Verdichtung eignet. Einen ersten Überblick über Risiken liefern öffentlich zugängliche Instrumente wie der Bayerische Umweltatlas, der wassergeologische Gegebenheiten transparent darstellt.

In Taufkirchen bei München ereigneten sich im Jahr 2024 mehrere Überschwemmungen, die für viele Einwohner finanziell katastrophal waren. Daraufhin schloss ich mich einer Bürgerinitiative an und gründete die Informationsplattform [www.taufkirchen.info](http://www.taufkirchen.info): zur Aufklärung über die teils komplexe fachliche Lage und zur Dokumentation konkreter Schadensfälle. Ein Bürger berichtete von 160.000 Euro Schaden an seinem Haus, andere schilderten Ähnliches. Die Verzweiflung und Wut waren spürbar.

**Simone Lettenmayer**

Jahrgang 1992, ist Mediengestalterin, Medienfachwirtin und Technische Betriebswirtin. 2012 trat sie in die ÖDP ein, war von 2014 bis 2020 parlamentarische Assistentin des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner und ist seit 2024 lokale Assistentin der Europaabgeordneten Manuela Ripa. In Taufkirchen wohnt sie seit 2022.

[www.taufkirchen.info](http://www.taufkirchen.info)



In der Folge formierten sich parteiübergreifend engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen die weitere Bebauung in unmittelbarer Nähe ihrer bereits über-



Überschwemmte Tiefgarage nach Starkregen

## 10 Lehren aus Taufkirchen

**1. Juristische Präzision schlägt Vollständigkeit**

Ein Bürgerbegehren muss rechtssicher sein – nicht maximal ausführlich. Schon kleinste Formulierungen können über Zulassung oder Scheitern entscheiden.

**2. Der Bürgerentscheid ist verbindlich**

Er kann Gemeinderatsbeschlüsse überstimmen und entscheidet, ob Natur- und Überschwemmungsschutz Vorrang vor Flächenversiegelung haben.

**3. Sachthema statt Parteipolitik**

Wasser, Boden und Klima sind Gemeingüter, weshalb Bürger hier oft unabhängig von Parteipräferenzen abstimmen.

**4. Ratsbegehren einkalkulieren**

Gemeinden dürfen mit Steuergeldern für Gegenpositionen werben, weshalb transparente Information wichtig ist.

**5. Sichtbarkeit schaffen**

Plakate, Flyer und eine Website sind zentrale Werkzeuge, um ökologische Risiken verständlich zu machen.

**6. Unabhängigkeit stärkt Glaubwürdigkeit**

Bürgerinitiativen oder parteiübergreifen-

de Bündnisse wirken überzeugender, wenn sie nicht als einzelnes Parteiprojekt wahrgenommen werden.

**7. Ungleiche Ressourcen realistisch einschätzen**

Investoren und Bauinteressen verfügen oft über deutlich größere finanzielle Mittel, weshalb Durchhaltevermögen von zentraler Bedeutung ist.

**8. Spenden transparent organisieren**

Gerade beim Überschwemmungsschutz sind viele Bürger bereit zu helfen, erwarten bei einer Bürgerentscheidskampagne aber hohe Transparenz.

**9. Quorum nicht aus dem Blick verlieren**

Zustimmung allein reicht nicht – auch die Wahlbeteiligung entscheidet über die Rechtskraft.

**10. Nach dem Entscheid wachsam bleiben**

Bebauungspläne müssen weiter beobachtet werden, um spätere Umgehungsversuche nach Auslaufen der Bürgerentscheidsgeltungsfrist zu verhindern.

schwemmungsgefährdeten Häuser einsetzen. Von drei eingereichten Bürgerbegehren führte eines im Sommer 2025 zu einem heftig umkämpften Bürgerentscheid.

Es ging um die Verhinderung des Baus einer privaten Schule auf einem Gebiet, das aus Sicht vieler Anwohner überschwemmungsgefährdet ist. Mehrere angrenzende Häuser waren im Jahr zuvor massiv beschädigt worden. Brisant war zudem, dass die CSU-Fraktionsvorsitzende Miteigentümerin des betroffenen Grundstücks war und sich persönlich gegen den Bürgerentscheid

engagierte – unterstützt vom Gemeinderat mit einer professionellen Kampagne.

Dennoch entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gegen das Bauvorhaben. Dies zeigt, dass Bürgerentscheide nicht nur ein demokratisches Korrektiv, sondern ein wirksames Instrument für den kommunalen Umwelt- und Überschwemmungsschutz sind.

Bebauungspläne müssen weiter beobachtet werden, um spätere Umgehungsversuche nach Auslaufen der Bürgerentscheidsgeltungsfrist zu verhindern.

## Naturschutz

# Niederbayerische Donau bleibt ein strömender Fluss

Die Donau ist der zweitgrößte Fluss Europas und eine bedeutende Wasserstraße. Ihr schiffahrtsgerechter Ausbau war deshalb lange ein politisches Ziel. Doch ab den 1980er-Jahren wuchs in Niederbayern der Widerstand gegen diese Pläne stetig an – und führte schließlich zum Umdenken. Nun wird die Donau sogar renaturiert.

von Bernhard Suttner

Ich bin an der Donau aufgewachsen – in der Altstadt von Regensburg. Schon in der Grundschule erklärte uns einmal ein Lehrer, dass der beliebte Volksfestplatz, den man in strengen Wintern auch als Eisfläche für das Schlittschuhfahren „aufspritzte“, in der Zukunft verschwinden würde. Dort werde nämlich ein Kanal für die Schifffahrt gegraben werden – der Rhein-Main-Donau-Kanal. Endlich würden dann auch große Schiffe das „Hindernis“ der im 12. Jahrhundert gebauten „Steinernen Brücke“ umfahren können. Was schon Karl der Große geplant hatte und später König Ludwig I. in kleiner Form hatte bauen lassen, werde in unserer

Zeit endlich gelingen: „Die Nordsee und das Schwarze Meer quer durch Europa verbunden!“ So sprach der begeisterte Lehrer.

Oberhalb des historischen Brücken-Hindernisses begannen damals noch im Stadtgebiet die Altwässer und Donauauen. Es

**In den 1970er-Jahren verschwanden die Auen. Die Altwässer auch. Die Ufer wurden gespundet und betoniert.**

gab zwar auch eine Stelle, an der Kies aus der Donau gebaggert wurde, aber insgesamt habe ich in den 1950er- und 1960er-Jahren die Donau als Naturraum erlebt. Man hat dort das Schwimmen gelernt und wurde vor gefährlichen Wirbeln, aber auch vor sagenhaften Riesenwallern gewarnt. Die Strudel gab es, von einem Waller wurde meines Wissens niemand in die Tiefe gezogen.

## Fortschrittssymbol Rhein-Main-Donau-Kanal

In den 1970er-Jahren wurde es dann ernst. Was der Lehrer angekündigt hatte, geschah, und ich kann mich nicht an Proteste erin-



Foto: Armin Balsch

nern, als in die Donau ein Kraftwerk der Rhein-Main-Donau AG samt Stauhaltung eingebaut wurde. Die Auen verschwanden. Die Altwässer auch. Die Ufer des großen Stauraumes wurden gespundet und betoniert. Ja, auch der Volksfestplatz samt der winterlichen Eisfläche verschwand. Dort steht jetzt die nötige Schleuse. Man freute sich in Regensburg über den Fortschritt, über „ordentliche“ Verhältnisse am Fluss, weniger Mücken im Sommer, billigen Strom

**In den 1980er-Jahren bildete sich rund um den Bund Naturschutz eine breite bürgerliche Widerstandsbewegung.**

aus der Wasserkraft. Die großen Schiffe – so wurde erwartet – würden einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen.

Der ließ auf sich warten – es war ja auch noch nicht alles geschafft: Im Altmühltal gab es Proteste der „fortschrittsfeindlichen Natur-

schützer“, die das große Werk durch juristische Einsprüche verzögerten. Und unterhalb Regensburgs war die Donau auch noch nicht „schiffahrtsgerecht“ ausgebaut. Da müsse man noch viele weitere Staustufen errichten und auch noch den einen oder anderen Kanal graben, um die hinderlichen Donauschleifen abzuschneiden. So hieß es damals.

Ich muss gestehen, dass mich das alles nicht interessierte. Meine ökologische Sensibilisierung war noch nicht entwickelt und ich war damit nicht alleine: Das Bewusstsein für den Wert von ausufernden Flüssen, für die Dynamik von Niedrigwasser und Hochwasser und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf Flora und Fauna, aber auch auf die Grundwasserströme hatten nur wenige Menschen, die sich in den allmählich politisch werdenden Naturschutzverbänden zusammenfanden. Die Mehrheit freute sich über jede Begradigung. So wurden denn auch unterhalb Regensburgs bis auf die Höhe von Straubing zwei weitere große Stauhaltungen gebaut, das Strömen-

### Bernhard Suttner

Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1978 gehörte er zu den Gründern der „Grüne Aktion Zukunft“, verließ diese wieder und gründete 1982 die ÖDP mit. Von 1991 bis 2011 war er Landesvorsitzender der ÖDP Bayern, seit 2011 ist er ihr Landesbeauftragter für Grundsatzfragen.

[bernhard.suttner@oedp.de](mailto:bernhard.suttner@oedp.de)





Foto: Mirjam Sigi

de wurde zum Stehenden, Altwässer, Auen, Vogelschutzgebiete verschwanden auch auf dieser Flussstrecke. Von der Walhalla aus sah man jetzt keine Flusslandschaft mehr, sondern einen Stausee. Und auch Straubing wurde mit einem großen Kanalbauwerk samt Kraftwerk und Schleuse „umgangen“.

## Ökologischer Widerstand

Aber nun, in den 1980er-Jahren, bekamen es die Rhein-Main-Donau AG, die Bayerische Staatsregierung und auch die Bundesregierung mit der aufgewachten ökologischen Bewegung zu tun. Die Pläne für die „letzten“ 70 km zwischen Straubing und Vilshofen wurden nicht mehr stillschweigend zur Kenntnis genommen. Es bildete sich rund um den Kristallisationskern „Bund Naturschutz“ mit seinem Vorsitzenden Hubert Weinzierl eine breite bürgerliche Widerstandsbewegung, welche die unterschiedlichsten Verbände und Bevölkerungsgruppen, von Teilen der Landwirtschaft bis hin zum Kanusportverband und den Berufs- und Sportfischern, erfasste. Auf das nötige Raumordnungsverfahren bereitete man sich intensiv vor. Der Naturschutz sollte und wollte nicht länger schweigen.

Und an dieser Stelle kommt auch die ÖDP ins Spiel. Niederbayern hatte sich schon früh zu einer „Hochburg“ der Partei entwickelt. Wir hatten Kommunalmandate, teils auch schon Fraktionen in den Kreistagen und kreisfreien Städten. Wir waren überall neben den Grünen wichtige politi-

**Hier kommt die ÖDP ins Spiel. Niederbayern hatte sich schon früh zu einer „Hochburg“ der Partei entwickelt.**

sche Partner und selbst auch Teil der Bürgerbewegung für die „freie Donau“. Das Ziel war klar: Wir stritten für die Variante A. Und warnten vor der Variante C. Die besonders rücksichtslose Variante B war frühzeitig zurückgezogen worden.

Worum ging es beim „Variantenstreit“? Um zu einer juristisch tragfähigen Planfeststellung zu kommen, mussten mehrere Varianten geprüft werden. Die Variante A sollte mit rein flussbaulichen Maßnahmen, ohne Staustufen und neue Kanalbauten, Verbesserungen für die Schifffahrt bringen – freilich nicht die gewünschte Abladeti-

fe von 2,80 m an nahezu allen Tagen. Der Streit ging vor allem um die Wirtschaftlichkeitsberechnungen: In diversen Gutachten wurde die Variante A eher nach unten gerechnet, während die anderen Varianten nach oben gerechnet wurden. Dass in den bereits ausgebauten Flussabschnitten die aquatische Fauna verarmte, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Es ging wie so oft um rein ökonomische Aspekte. Die Bürgerbewegung verzichtete zwar niemals auf die ökologische Argumentation, musste sich aber auch auf die priorisierten ökonomischen Aspekte einlassen.

Der damaligen ÖDP-Kreisrätin Maria Birkeneder gelang es, Fachleute in die Kommunikation der Kommunalpolitik einzubinden, die nicht nur die Argumente der Rhein-Main-Donau AG und der Staatsregierung vortrugen. Auch die Wirtschaftlichkeitsprognosen wurden kritisch nachgerechnet. So erkannte man, dass die Variante A ohne Stau und Kanal kaum weniger zu leisten vermochte als die brutal in die Flussdynamik eingreifende Variante C. Auch der dringend nötige Hochwasserschutz wäre mit Variante A früher möglich geworden. Das Ergebnis unserer Bemühungen hat damals eingeschlagen und Wellen bis in die Staatskanzlei geschlagen: Der Kreistag von Straubing-Bogen beschloss einstimmig, sich für die Variante A ohne Stau und Kanal auszusprechen.

## Sieg der ökologischen Vernunft

Es ging dann ziemlich schnell. Der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer wollte das Problem Donauausbau im CSU-Stamm-land Niederbayern „abräumen“. Nach einer Bereisung mit dem Schiff samt Gesprächen mit Verbandsvertretern und Kommunalpolitik beschloss das Kabinett am 27. Februar 2013, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der Vari-

Lebendige Donau Ökumenischer Arbeitskreis, Freundinnen der Donau e. V. (Hrsg.)

### Das Geheimnis des Strömenden

Liebeserklärung an die frei fließende Donau

Donauaktionskreisverlag

Oktober 2022

128 Seiten, 10,00 Euro

978-3-00-072941-6



te A durchzuführen. Ob das „Lied für die Donau“, das Hans-Jürgen Buchner von der Band Haindling beim Stopp in Deggendorf dem Ministerpräsidenten vorgetragen hatte, den Ausschlag gab, oder vielleicht doch

**Bayerns Kabinett beschloss 2013, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der Variante A durchzuführen.**

der von Maria Birkeneder herbeigeführte einstimmige Beschluss des Kreistages von Straubing-Bogen, wird nicht geklärt werden können.

Eines steht jedoch fest: Der sachlich und emotional hochgradige, gewaltfreie Widerstand der Bürgerinnen und Bürger, der Naturschutzverbände, auch kirchlicher Gruppen wie dem Ökumenischen Aktionskreis „Lebendige Donau“ und einzelner Fachleute hat erreicht, dass die Donau in Niederbayern als Lebensraum nicht nur erhalten bleibt, sondern jetzt auch neue Qualitäten bekommt. Schon in den 1920er- und 1930er-Jahren war der Strom ja kräftig „bearbeitet“ worden. Damalige Fehler werden nun korrigiert. Geplante weitere Fehler konnten erfolgreich verhindert werden. Fazit: Naturschutz kann auch gewinnen!

*Die Fotos dieses Beitrags stammen mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus dem 2022 erschienenen Buch „Das Geheimnis des Strömenden“.*

## Das Wasser braucht unsere Aufmerksamkeit!

Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP, liebe Mitglieder,

ich bin nahe am Wasser geboren und aufgewachsen; wir haben direkt am Main gewohnt und wenn Hochwasser war, dann waren wir eine Insel. Wasser war für mich das Selbstverständlichste auf der Welt und ohne Wasser konnte und kann ich mir die Welt nicht vorstellen. Und ebenso selbstverständlich war, dass ich Schwimmer geworden bin, und Kanute, und Segler und Taucher; und Wasser in jeder Form, also auch Eis und Schnee, als Eisläufer und Skifahrer – es war und ist mein Element. Und plötzlich ist es nicht mehr selbstverständlich! Dabei: Selbstverständlich war es doch bisher auch allgemein für uns Deutsche. Wasser war da, immer genug; eine Wasserknappheit konnten wir uns doch gar nicht vorstellen. Und jetzt ist es plötzlich doch eingetreten. In Brandenburg Wasserknappheit, Trinkwasser rationiert, die Gletscher schmelzen dahin und können nicht mehr genug Wasser speichern und hervorbringen, sodass eine kontinuierliche Versorgung der Flüsse garantiert wäre. Überall ist der Grundwasserspiegel teils dramatisch

um mehrere Meter gesunken, an mehreren Stellen ist plötzlich der Boden instabil geworden. In den Alpen bringt der zurückgehende Permafrost ganze Bergflanken zum Abrutschen, verschüttet Dörfer. Es passieren Dinge, die wir uns überhaupt nicht vorstellen konnten: Der Boden, unsere Landschaft, wird instabil durch Wassermangel

**Was haben wir da angerichtet mit unserer allzu sorglosen Lebensweise?**

und zu wenig Eis. Doch damit nicht genug: Mit Pestiziden, zu viel Dünger, Nitrat und Mikroplastik verunreinigtes Wasser gefährdet Mensch und Natur. Und auch bei dem Wasser, das wir haben, wird richtig sauberes Wasser immer problematischer. Was haben wir getan – was haben wir da angerichtet mit unserer allzu sorglosen Lebensweise?

Ich könnte jetzt weiter lamentieren und die Probleme, die wir mit dem Wasser haben, aber eben auch selbst angerichtet ha-

ben, immer weiter ausbreiten. Viel spannender aber wird die Frage: Wie könnten wir's wieder richten? – Jetzt in tiefere Schichten einzudringen und bis zu 10.000 Jahre altes Tiefengrundwasser abzupumpen oder große Verbundleitungen zu legen, um dort alles rauszuholen, wo noch mehr davon da ist, löst das Problem nicht; im besten Fall verlagert es das Problem und wir bleiben im alten Denken der Ausbeutung unserer Ressourcen verhaftet. Nein! Wir müssen unser Denken verändern: Mit dem gleichen Schema, mit dem wir das Problem geschaffen haben, werden wir es nicht lösen können. Ein erster Schritt: Wir müssen er-

**Wie könnten wir's wieder richten?**

kennen, dass wir mit dem auszukommen haben, was uns tatsächlich zur Verfügung steht; uns wieder einfügen in die natürlichen und globalen Zusammenhänge. Und dann dürfen und müssen wir endlos kreativ

werden, das vorhandene Wasser zu halten, wieder zu verbessern, mehrfach zu nutzen und den Wert des Wassers wieder zu er-

**Aber die Bedeutung von Wasser ist so groß, dass es uns für immer begleiten muss.**

messen: Wasser ist Leben – ohne Wasser ist der Tod. Wir hatten das Thema Wasser als Halbjahresthema ausgerufen, weil wir etwas anschieben wollten. Aber die Bedeutung von Wasser ist so groß, dass es uns für immer begleiten muss – als Thema und in unserer Wahrnehmung und besonderen Beachtung, die wir ihm schenken müssen.

Ihr/Euer Bundesvorsitzender  
Günther Brendle-Behnsch



Foto: Mike Müller, Berlin

# Der Ökologische Rat der ÖDP

Als einzige Partei in Deutschland hat die ÖDP seit Gründung einen Ökologischen Rat als Institution in ihrer Satzung vorgesehen. Dazu sind die nachfolgenden Paragraphen in der Satzung formuliert:

**§ 18.1 Die Mitglieder des Ökologischen Rates haben die Aufgabe, die Organe und Mandatsträger der Partei in ökologischen Angelegenheiten wissenschaftlich zu beraten.**

**§ 18.2 Der Ökologische Rat besteht aus Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und Fachleuten, die vom Bundesvorstand dem Bundesparteitag vorgeschlagen und von diesem für vier Jahre berufen werden. Eine Wiederberufung ist möglich.**

Zu 18.1: Dies bedeutet, dass Organe aller ÖDP-Gliederungen (Vorstände, Parteitage etc.) sowie Mandatsträger (derzeit Kommunalmandate und Vertretung im Europäischen Parlament) sich mit schriftlichen Anfragen an die Mitglieder des Ökologischen Rats wenden und diesen um fachliche Stellungnahmen ersuchen können. Außerdem wurden in der Vergangenheit (Wahl-)Programme überprüft und zu Programmänderungen Einschätzungen abgegeben.

Zu 18.2: Die einzelnen Mitglieder werden für vier Jahre berufen. Mit der Berufung der aktuellen Mitglieder auf dem Bundesparteitag der ÖDP vom 17.–19.10.2025 in Bingen ist die Institution des Ökologischen Rats wieder aktiviert worden.

Der Ökologische Rat arbeitete zuletzt unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Buchner in der Zeit von 1990 bis 2000 mit etwa zehn Aktiven, danach war Prof. Buchner Bundesvorsitzender der ÖDP. In der Folge fanden sich eine ganze Zeit lang keine neuen Mitglieder für das Gremium, sodass es

mangels Aktivität fast aus der Satzung gestrichen worden wäre, was aber verhindert werden konnte.

Angeichts der vielschichtigen und wachsenden Krisen dieser Zeit hat der ÖDP-Bundesvorstand sich vorgenommen, dieses Gremium wieder zu aktivieren und nach und nach mit Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und weiteren qualifizierten Fachleuten zu besetzen. Wir werden also auch weiterhin entsprechende Expertinnen und Experten ansprechen, um den bereits aus folgenden Personen bestehenden Kreis zu ergänzen:

- Prof. Dr. Michael Braungart: Verfahrenstechniker und Chemiker, Mitentwickler des „Cradle to Cradle“-Konzepts (von der Wiege bis zur Wiege: Alles muss so konstruiert sein, dass es im nächsten Produkt weiterverwendet wird).
- Prof. Dr. Klaus Buchner: Kernphysiker mit wissenschaftlichen Tätigkeiten u. a. in München. Seit 1983 ist er Mitglied der ÖDP, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 und 2019 als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament.
- Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling: Experte für Raum- und Umweltplanung mit Tätigkeiten u. a. an der Uni Halle-Wittenberg. Langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND und Mitglied in dessen Bundesvorstand.
- Prof. Dr. Michael Succow: Der Biologe und Bodenkundler wurde im Januar 1990 zum stellv. Minister für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR ernannt und initiierte gemeinsam mit anderen das wichtige „Nationalparkprogramm“.

Die Tätigkeit im Ökologischen Rat ist ehrenamtlich und richtet sich nach den zeitlichen und persönlichen Kapazitäten der einzelnen Mitglieder, die wir auf der Internetseite des ÖDP-Bundesverbands sowie in der nächsten ÖP-Ausgabe genauer vorstellen. Die Kommunikation mit dem Rat erfolgt zwischen dem ÖDP-Generalsekretär und der noch zu wählenden Leitungsperson

des Gremiums, sodass mögliche Anfragen zielgerichtet an die jeweiligen Experten weitergegeben werden können.

Im Rahmen einer Online-Veranstaltung wollen sich die Mitglieder des Ökologischen Rats persönlich vorstellen und Fragen beantworten. Den Termin kündigen wir auf [www.oedp.de](http://www.oedp.de) und in unserem Newsletter an. Zum Newsletter-Abo: [www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo](http://www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo)



## Beim Klimaschutz ist jede und jeder Einzelne gefragt

In einem Gastbeitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vom 25.11.2025 (Bezahlinhalt: [www.t1p.de/989gi](http://www.t1p.de/989gi)) legen die Mitglieder des Ethikrats, Armin Grunwald und Kerstin Schlögl-Flierl, dar, warum beim Klimaschutz Nichtstun ethisch verwerflich ist, auch wenn ein Individuum wenig ausrichten kann. Grundlage dieses Beitrags ist eine Stellungnahme des Ethikrats zu Fragen der Klimagerechtigkeit aus dem Jahr 2024 ([www.t1p.de/tulhl](http://www.t1p.de/tulhl)). Mit ihrem Kommentar in der SZ beziehen Grunwald und Schlögl-Flierl auch Stellung gegenüber Bundeskanzler Friedrich Merz, nach dessen Aussage Deutschland „nichts“ tun müsse, da es ja nur für 1,8 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich sei.

Wir sagen, jeder kann und muss etwas zum Klimaschutz beitragen, wenn auch die Politik handeln und gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen muss. Es wird kein moralisches Heldentum gefordert, wohl aber zumutbares Mitwirken – etwa durch mehr

Fahrradfahren oder durch Unterzeichnen und Bewerben unserer Klimaschutz-Petition: [www.keine-rolle-rueckwaerts.de](http://www.keine-rolle-rueckwaerts.de)

Die Ethikrat-Mitglieder bestätigen auch die ÖDP-Forderung nach einem sozial gerechten Klimageld, damit diejenigen entlastet werden, welche nicht die Verursacher, sondern die Leidtragenden der Klimakrise sind.

Auf die Bedeutung des sozialen Ausgleichs und weiterer Maßnahmen weisen wir als Partei auch in einer umfangreichen Stellungnahme hin, mit der wir uns an der Ausarbeitung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung beteiligt haben. Lesen Sie dazu unsere Pressemitteilung vom 20.01.2026 unter [www.t1p.de/j5ztr](http://www.t1p.de/j5ztr)

## Verabschiedung von Rita Hinterleitner

Knapp ein Jahr lang hat uns Rita Hinterleitner in der Social-Media-Arbeit tatkräftig vorangebracht. Im Herbst 2025 wechselte sie dann zu einer anderen Stelle. Wir bedanken uns bei ihr für die geleistete Arbeit und wünschen ihr weiterhin alles Gute.

## Wir brauchen auf EU-Ebene ein klares, verbindliches Handeln zum Schutz des Wassers!

Der neue „Wasseratlas“ von Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) zeigt alarmierende Zahlen: Deutschland verliert jährlich bis zu 2,5 Milliarden Kubikmeter Wasser. Chemikalien, Mikroplastik und Pestizide belasten unsere Gewässer und unser hoher Wasserverbrauch begünstigt Trockenheit.

Der Klimawandel verschärft die Krise: Dürren, Überschwemmungen und ungleich verteilte Regenfälle bringen den Wasserhaushalt aus dem Gleichgewicht. Weltweit haben laut HBS und BUND 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Dabei ist Wasser eine unverzichtbare Grundlage allen Lebens. Es sichert Gesundheit, Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung, natürliche Ökosysteme und die Anpassung an den Klimawandel. Ohne sauberes Wasser gibt es keine nachhaltige Zukunft für die Menschen und die Natur. Diese zentrale Bedeutung macht klar, warum der Schutz von Wasserressourcen als politische Priorität der Europäischen Union anerkannt werden muss.

### Eine unverbindliche Wasserstrategie reicht nicht aus

Im Sommer 2025 hat die Europäische Kommission die sogenannte „Europäische Wasserresilienzstrategie“ vorgestellt, mit dem erklärten Ziel, die Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen in der EU langfristig zu sichern, den Wasserkreislauf

zu schützen und die Wasserversorgung in einem zunehmend von Dürren, Überschwemmungen und wachsender Bevölkerung belasteten Europa widerstandsfähiger zu machen. Die Kommission formulierte



Foto: Kirsten Elisabeth Jäger

drei zentrale strategische Ziele: den Schutz und die Wiederherstellung des Wasserkreislaufs von der Quelle bis zum Meer, den Aufbau einer „Wasser-intelligenten“ Wirtschaft, die Wasser effizienter nutzt, sowie die Sicherung von sauberem und bezahlbarem Trinkwasser für alle.

Zwar betont die Kommission in ihrer Strategie, dass Wasser unersetzlich ist und der Zugang dazu ein grundlegendes Menschenrecht darstellt, doch trotz dieser Anerkennung bleibt die Wasserstrategie rechtlich unverbindlich. Es handelt sich nicht um einen Gesetzesvorschlag, sondern um eine politische Agenda und einen Handlungsrahmen für die Mitgliedstaaten, die Regionen und die Wirtschaft. Eine unverbindliche Strategie genügt jedoch den He-

rausforderungen nicht und ist dem Ernst der Lage nicht angemessen.

Im Europaparlament haben wir die Wasserstrategie intensiv debattiert. Es wurde ein eigener Bericht und eine Entschließung zum Thema Wasser verabschiedet, die allerdings hinter meinen Erwartungen und auch den Forderungen der Umweltverbände zurückbleiben. Ich habe mich im Rahmen dieser Debatte insbesondere dafür ausgesprochen, dass Umweltgifte wie PFAS konsequent zurückgedrängt werden. Diese hochgiftigen „Ewigkeitschemikalien“ dürfen nicht länger in unsere Umwelt und schon gar nicht in unser Wasser gelangen.

### Trinkwasserversorgung vor kommerzieller Nutzung

Der Schutz des Wassers besitzt für uns als ÖDP höchste Priorität. Deshalb habe ich die Petition des Landesverbands Bayern begrüßt und unterstützt, die der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung Vorrang vor der kommerziellen Nutzung garantieren sollte. Denn die Trinkwasservorräte dürfen nicht als handelbare Güter privaten Interessen ausgeliefert werden. Auch wenn bei Redaktionsschluss die Unterschriftensammlung noch nicht abgeschlossen war, hoffe ich sehr, dass die zuständigen Entscheidungsträger dem Anliegen der Petition entsprechen werden. Auf jeden Fall kann die Eingabe der bayerischen ÖDP ein Vorbild für ähnliche Petitionen in anderen Bundesländern sein.

### Vorbild Abwasserbehandlung

Auf EU-Ebene werde ich weiter klare, verbindliche Vorgaben und gesetzliche Mindeststandards zum Schutz des Wassers einfordern. Wasserknappheit und -verschmutzung in Europa sind schon heute akut spürbar, denn jährlich sind 30 % der EU-Landfläche

und ein erheblicher Teil der Bevölkerung von Wasserstress betroffen. Dass eine unverbindliche Strategie allein nicht ausreicht, zeigen die Regeln zur Abwasserreinigung. In der EU wird seit 2025 eine überarbeitete Kommunale Abwasserbehandlungsrichtlinie umgesetzt, die unter anderem eine zusätzliche sogenannte „vierte Reinigungsstufe“ vorsieht, um feinste Schadstoffe wie Mikroplastik und Arzneimittelrückstände aus dem Abwasser zu entfernen – ein wichtiger Fortschritt für den Gewässerschutz und die Gesundheit aller Lebewesen. Diese Regel ist Teil eines eigenen Gesetzes und nicht der Wasserstrategie. Sie zeigt, dass nur gesetzliche Verpflichtungen zu tatsächlich besserer Wasserqualität führen können.

Was Europa deshalb braucht, ist eine starke, verbindliche EU-Gesetzgebung zum Schutz des Wassers, die klare Ziele, Standards und Mechanismen zur Rechtsdurchsetzung festlegt – verbunden mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung und strikter Kontrolle der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten, was natürlich auch für bereits bestehende Gesetze gelten sollte. Nur so kann sichergestellt werden, dass Wasser – diese lebenswichtige Ressource – geschützt bleibt und nicht weiteren Risiken durch Klimawandel, Verschmutzung und ineffiziente Nutzung ausgesetzt wird.

-  [www.manuela-ripa.eu](http://www.manuela-ripa.eu)
-  [www.facebook.com/ripamanuela/](https://www.facebook.com/ripamanuela/)
-  [www.linkedin.com/in/manuela-ripa-726437343/](https://www.linkedin.com/in/manuela-ripa-726437343/)
-  [www.instagram.com/manuela.ripa/](https://www.instagram.com/manuela.ripa/)
-  <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>
-  <https://mastodon.social/@manuelaripa>
-  [www.youtube.com/@ManuelaRipa\\_MdEP](https://www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP)

# Besuch im EU-Parlament



Vom 12. bis 14. November 2025 reiste eine Gruppe der JÖ – jung. ökologisch nach Brüssel, um das Europäische Parlament zu besuchen und die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa zu treffen.



Die JÖ-Gruppe mit dem ÖDP-Bundesvorsitzenden Günther Brendle-Behnisch (3. von rechts) im Paul-Henri-Spaak-Gebäude des EU-Parlaments in Brüssel

Nach der Ankunft im Jugendhostel und einem gemeinsamen Abendessen diskutierte und tauschte sich die Gruppe über einen Impuls zur Sicherheit und Zukunft in Deutschland, der EU und Europa aus.

Am nächsten Tag stand der Besuch des Europäischen Parlaments auf dem Programm. Dort traf die Gruppe Manuela Ripa zu einem kurzen Gespräch. Die ÖDP-Abgeordnete gab einen Einblick in ihre parlamentarische Arbeit und ihre Rolle innerhalb der Fraktion. Aufkommende Fragen der Gruppe wurden ebenfalls beantwortet. Aufgrund einer anstehenden Abstimmung musste das Gespräch zwar kürzer ausfallen, doch wurde vereinbart, den Austausch bei einer Videokonferenz zu vertiefen.

Im Anschluss erläuterte der Besucherdienst die Arbeitsweise des Parlaments und die Gruppe konnte eine der wenigen Abstimmungen im Parlament in Brüssel

miterleben. Üblicherweise werden Abstimmungen in Straßburg vorgenommen.

Nach den Eindrücken aus dem Plenarsaal besuchte die Gruppe das Parlamentarium, das interaktive Besucherzentrum des EU-Parlaments. Der Tag klang mit einer kleinen Tour für Shopping und Sightseeing in der Brüsseler Innenstadt aus.

Am Freitagmorgen stand zum Abschluss der Besuch des Hauses der Europäischen Geschichte an. Die Ausstellung veranschaulicht eindrucksvoll die politischen Epochen der EU und bietet einen umfassenden Überblick. Anschließend trat die Gruppe die Heimreise nach Deutschland an. Die Brüssel-

fahrt fand großen Anklang und wurde von allen Teilnehmenden sehr gelobt.

Auch in Zukunft möchte die JÖ spannende Aktionen organisieren und freut sich auf rege Beteiligung. Gelegenheit dazu bietet schon die nächste JÖ-Bundesversammlung, die voraussichtlich vom 8. bis 10. Mai 2026 in Kassel stattfindet. Alle JÖ-Mitglieder und an nachhaltiger Politik interessierte junge Leute sind herzlich zu diesem Treffen eingeladen. Aktuelle Informationen gibt es auf [www.j-oe.de](http://www.j-oe.de) oder per E-Mail an [info@j-oe.de](mailto:info@j-oe.de). Wer unter 35 ist und als Neumitglied an der Bundesversammlung teilnehmen möchte, findet unter folgendem Kurzlink den JÖ-Mitgliedsantrag: [www.t1p.de/joe-mitgliedschaft](http://www.t1p.de/joe-mitgliedschaft)

JÖ – jung. ökologisch (Bundesverband):  
[www.j-oe.de](http://www.j-oe.de)  
[www.instagram.com/jung.oekologisch](https://www.instagram.com/jung.oekologisch)

# Baden-Württemberg

## Antritt zur Landtagswahl erfolgreich, aber kein Selbstläufer

Die ÖDP Baden-Württemberg hat an der Landtagswahl am 8. März teilnehmen können. Die nötigen 2.000 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste konnten gesammelt werden. Hierfür dankt der Landesvorstand herzlich allen Sammlerinnen und Sammlern, die dazu beigetragen haben.

Im Gegensatz zur Bundestagswahl bekamen wir diesmal keinen Rückenwind durch zahlreiche Presseberichte, sodass sich die Sammlung erheblich schwieriger gestaltete. Auch war ein weiter sinkendes Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Politik feststellbar. Über den Wahlkampf werden wir beim nächsten Mal mehr berichten können,

da er zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht angelaufen war. Das Wahlergebnis der Landtagswahl finden Sie auf jeden Fall unter: [www.oedp-bw.de/wahlen/landtagswahl-2026](http://www.oedp-bw.de/wahlen/landtagswahl-2026)

## Landesparteitag mit Neuwahl des Landesvorstands

Der Landesvorstand hat in der auslaufenden Amtsperiode gut und harmonisch zusammengearbeitet. Ein großer Teil der Vorstandsmitglieder wird wieder kandidieren, allerdings werden auch einige Posten frei. Wer die Parteiarbeit auf Landesebene aktiv mitgestalten will und an Teamarbeit Freude hat, wende sich bitte an den Landesgeschäftsführer Uli Stein. Wünschenswert ist Erfahrung mit aktiver Parteiarbeit, in welcher Form auch immer.



Der Kreisverband Heilbronn sammelte in Verbindung mit seinen beliebten Bücherflohmärkten Unterstützungsunterschriften.

Der Landesparteitag wird zweitägig sein und am Wochenende 11./12. April 2026 in Gerlingen stattfinden.

### ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer  
Tel.: 0711 6364644  
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter  
Tel.: 07121 880104  
matthias.dietrich@oedp-bw.de  
www.oedp-bw.de



## Bayern

### Ronja Zöls-Biber ist neue Politische Geschäftsführerin in Bayern

Die bayerische ÖDP hat seit Januar eine neue Politische Geschäftsführerin: Ronja Zöls-Biber aus Passau wird die Aufgaben von Urban Mangold übernehmen, der in vier Jahren in den hauptberuflichen Ruhestand gehen wird. Bis dahin arbeiten beide gemeinsam in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle, um den Übergang reibungslos zu gestalten.

„Wir freuen uns sehr, dass wir Ronja als neue Mitarbeiterin gewinnen konnten. In ihren Rollen als aktives ÖDP-Mitglied,



Die ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff stellen Ronja Zöls-Biber (Mitte) den Delegierten des Landesparteitags vor.



250 Delegierte fordern, lieber beim Straßen-Neubau zu sparen und nicht bei Naturschutz und Familien.

Europawahlkandidatin und stellvertretende Kreisvorsitzende des Kreisverbands Passau haben wir sie als kreative, empathische und engagierte Frau kennengelernt“, sind sich die Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff einig. Mit der Besetzung würden die personellen Weichen für die Zukunft gestellt. Auch Urban Mangold freut sich über die Verstärkung des hauptamtlichen Teams: „Wir arbeiten im Kreisverband Passau eng zusammen. Ronja ist ein Kommunikationsprofi mit vielen guten Ideen, hohen ethischen Ansprüchen und einem festen Wertegerüst. Damit erfüllt sie die besten Voraussetzungen für die politische Geschäftsführung der bayerischen ÖDP.“

Die neue Geschäftsführerin hat Germanistik, Kommunikationswissenschaft und Markt- und Werbepsychologie an der LMU München studiert und bei der „Passauer Neuen Presse“ ihre Ausbildung zur Redak-

teurin absolviert. Sie hat viele Jahre für österreichische und deutsche Tages- und Wochenzeitungen gearbeitet und war ab 2013 für den bundesweit aktiven Bio-Verband Biokreis e.V. tätig. Dort leitete sie die Redaktion des Verbandsmagazins und zuletzt die komplette Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Landesparteitag in Regensburg, auf dem Ronja Zöls-Biber den Delegierten vorgestellt wurde, positionierte sich auch mit vier aktuellen Schwerpunktthemen: „Der Vorrang des Trinkwasserschutzes vor privaten Konzerninteressen soll Verfassungsrang erhalten. Die Möglichkeit, Bürgerbegehren zu starten, darf nicht angetastet werden. Die Staatsregierung soll bei der Krankenhausplanung endlich ihren Job machen! Und Markus Söder soll uns endlich sagen, welchen bayerischen Landkreisen sein Atomwahn ein Klein-Atomkraftwerk beschert“, zählt die Parteispitze die Themen auf.

### „Lieber bei Straßen-Neubau als bei Familien und Naturschutz sparen!“

Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbunds für Vogel- und Naturschutz (LBV), forderte als Gastredner, den Rotstift nicht bei Naturschutzprojekten anzusetzen, die für die Bewahrung der Artenvielfalt von größter Bedeutung seien. Mit einer Aktion vor dem Kolpinghaus sprachen sich die rund 250 Delegierten aus ganz Bayern dafür aus, lieber beim Straßen-Neubau zu sparen und nicht bei Naturschutz und Familien. „Zuerst wurde das Familiengeld mehr als halbiert – und bevor auch nur eine Familie davon profitieren konnte, soll es schon wieder komplett gestrichen werden. Söder und Aiwanger entziehen der häuslichen Kindererziehung in den ersten Lebensjahren die Unterstützung und schränken die Wahlfreiheit der Familien damit noch weiter ein. Die CSU hat die Stärkung der Familien aufgegeben und sich als Familienpartei komplett

verabschiedet“, kritisierten die bayerischen ÖDP-Vorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl werden auf [www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de) veröffentlicht.

#### ÖDP Bayern

Tel.: 0851 20091960  
[info@oedp-bayern.de](mailto:info@oedp-bayern.de)  
[www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de)



## Berlin

### Politischer Salon zum Emissionshandel

Am 13. November 2025 traf sich in den Räumen der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Berlin eine hochkarätig besetzte Experten-Runde, um über „Die unausgeschöpften Potenziale des Emissionshandels“ zu diskutieren. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass der europäische Emissionshandel ein besonders effizientes klimapolitisches Instrument sei, welches gegen Zweifler in Wirtschaft und Politik verteidigt werden müsse. Bei der Frage allerdings, wie groß das brachliegende Verbesserungspotenzial sei und durch welche Maßnahmen das Instrument weiter optimiert werden könne, schieden sich die Geister.

Während Dr. Björn Benken von der ÖDP Berlin einen simulierten „Markt für Schadstoffvermeidung“ vorschlug, bei dem eine ständige gegenseitige Rückkopplung zwischen dem Marktpreis und den Mengenober-

grenzen der Emissionen stattfände, wollte der Umweltökonom Jürgen Hacker das Wirken der internationalen Finanzmarkt-Spekulation eindämmen. Dagegen sah Prof. Barbara Praetorius von der Hochschule für Technik und Wirtschaft den Emissionshandel auf einem guten Weg – lediglich bei der Grenzausgleichsabgabe und den Sonderregelungen für stromintensive Betriebe gäbe es noch Verbesserungsbedarf.

Eine ausführlichere Zusammenfassung der Veranstaltung ist unter dem folgenden Kurzlink zu finden:

[www.t1p.de/polsalon-ets](http://www.t1p.de/polsalon-ets)

### Marktradikal oder pragmatisch?

Florian Zerkawy vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft befürchtete, dass durch die kürzlich beschlossene Verschiebung der Einführung des ETS2 (das ist der um die Bereiche Straßenverkehr und Gebäude/Wärme erweiterte Teil des Europäischen Emissionshandelssystems) um ein Jahr die Minderungsziele später umso schwerer zu erreichen seien und dass durch die Anrechenbarkeit einer höheren Zahl an internationalen CO<sub>2</sub>-Gutschriften der Klimaschutz-Effekt verwässert würde. Christopher Leisinger vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung sprach sich dafür aus, dem Problem zu hoher Preisspitzen mit einem dynamischen Preiskorridor zu



Protestierten gegen die Verleihung des EMAS-Zertifikats an Tesla in Brandenburg (von links): Steffen Schorch und Manu Hoyer vom VNLB e. V. neben Thomas Löb vom ÖDP-Kreisverband Oder-Spree

begegnen und für qualitativ hochwertige CO<sub>2</sub>-Entnahmen Emissionsrechte zu vergeben. Roland Fink vom Ökologische Marktwirtschaft e. V. wünschte sich, man möge den europäischen Emissionshandel möglichst ungehindert wirken lassen und auf nationale Klimaschutzmaßnahmen, die seine Erfolge abschwächen, verzichten.

Während ein Teil der Runde eher „marktradikale“ Positionen vertrat, befürwortete der andere Teil einen pragmatischen Policy Mix. Genau ein solcher Austausch der Positionen außerhalb der eigenen „Bubble“ ist wichtig, wenn man den Emissionshandel überzeugend weiterentwickeln möchte. Die ÖDP Berlin hofft, mit dieser Veranstaltung hierzu einen Beitrag geleistet zu haben.

#### ÖDP Berlin

Tel.: 0178 4716146  
[info@oedp-berlin.de](mailto:info@oedp-berlin.de)  
[www.oedp-berlin.de](http://www.oedp-berlin.de)



## Brandenburg

### Greenwashing in Grünheide

Im Herbst demonstrierte der ÖDP-Kreisverband (KV) Oder-Spree gemeinsam mit dem Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e. V. (VNLB) vor dem Gelände der Tesla-Fabrik anlässlich der Verleihung des EMAS-Zertifikats („Eco-Management and Audit Scheme“) an den Elektroautobauer. Eine ursprünglich gegen Greenwashing konzipierte EU-Urkunde droht hier zur Aushöhlung ohnehin schwacher behördlicher Kontrollmechanismen zu werden und als reines PR-Instrument zu dienen. Besonders problematisch erscheint die Rolle des französischen Prüfungsbüros GUTcert. Das Wassermonitoring liegt bereits in den Händen von Tesla: Der Wasserverband Strausberg-Erkner verfügt weder über Mitspracherechte noch über die Möglichkeit eigener, unabhängiger Messungen. Angaben zu Schadstoffen im Abwasser werden unter Verweis auf Betriebsgeheimnisse geschwärzt

und die Prüfberichte bleiben für externe Kontrollen unzugänglich. Beschäftigte berichten von enormem Leistungsdruck, zahlreichen Arbeitsunfällen, einem Klima permanenter Einschüchterung und Pausen, die kaum für den Gang zur Toilette reichen. Hinzu kommen Hausbesuche bei Krankmeldungen. Länger erkrankte Beschäftigte werden zur „freiwilligen“ Unterzeichnung von Aufhebungsverträgen gedrängt oder ihnen wird ohne rechtliche Grundlage die Lohnfortzahlung verweigert. Das „Security Intelligence Team“ dient nicht der Sicherheit, sondern der Aufspürung vermeintlich undichter Stellen. Mitarbeitende werden als Faulenzer und Simulanten beschimpft und Musk selbst bezeichnet IG-Metall-Mitglieder als „Spione“ der deutschen Autoindustrie. Die anstehenden Betriebsratswahlen mit Investitionsentscheidungen zu verknüpfen, sehen wir besonders kritisch. Der Werksleiter erklärte hierzu laut „Handelsblatt“ (16.12.2025): „Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass Elon, dass unser Board sich für den Ausbau der Fabrik entscheiden würde, wenn die Wahl mehrheitlich Richtung IG Metall ausfällt.“ Tesla-Beschäftigte benötigen laut IG Metall 21-mal so häufig Rechtsschutz wie der Durchschnitt. Das Unternehmen importierte eine „Ultra-Hardcore“-Kultur, die wir im Widerspruch zur deutschen Vorstellung von guter Arbeit sehen. Hinzu kommt Musks offener Wahlkampf für die AfD auf seinem X-Account.

Dennoch erhält Tesla politische Rückendeckung. Wenn Ex-Landeswirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) Beschäftigten nahelegt, sie sollten „dankbar“ sein und sich bewusst machen, „in welcher Oase“ sie arbeiteten, verkennt er die Realität vieler Arbeitnehmer und das problematische Handeln ihrer Chefs.

Vor diesem Hintergrund luden wir für den 21. Januar zu einer Lesung mit Investi-

gativjournalisten vom „Handelsblatt“ nach Erkner ein. Ihr Buch „Die Tesla Files“ basiert auf 100 Gigabyte interner Daten eines Whistleblowers und dokumentiert u. a. Tausende Beschwerden über Teslas Fahrassistenzsystem: Phantombremssungen, Selbstbeschleunigungen und über 1.000 Unfälle durch den „Autopiloten“. Aufgrund tragischer Sicherheitsmängel verbrannten Tesla-Insassen zuletzt auch in Brandenburg, weil sich ihre Fahrzeuge von alarmierten Feuerwehrcräften nicht öffnen ließen.

### Weitere Informationen:

Pressemitteilung der ÖDP Brandenburg vom 01.09.2025: Grünes Siegel, schmutzige Praxis – ÖDP kritisiert Greenwashing von Tesla; [www.t1p.de/wghey](http://www.t1p.de/wghey)

Pressemitteilung der ÖDP Brandenburg vom 15.12.2025: Lesung und Diskussion mit Investigativjournalisten in Erkner: Die Tesla Files, 21. Januar 2026, 18:00 Uhr; [www.t1p.de/7od4v](http://www.t1p.de/7od4v)

### ÖDP Brandenburg

Thomas Löb  
Tel.: 0175 9966701  
[info@oedp-brandenburg.de](mailto:info@oedp-brandenburg.de)  
[www.oedp-brandenburg.de](http://www.oedp-brandenburg.de)



## Nordrhein-Westfalen

### Bereit für die Zukunft

Am 22. und 23. November 2025 fand im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Siegburg der zweitägige Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen statt. Im Mittelpunkt standen Vorstandswahlen sowie strategische Weichenstellungen für die kommenden Jahre.



Foto: Helmut Gellermann/ÖDP

Corinne Enders (links) und Herbert Einsiedler (rechts) aus dem ÖDP-Bundesvorstand freuen sich mit dem frisch gewählten Landesvorstand NRW (Mitte, von links): René Löffler (Region Köln), Katarina Fink (Aachen-Düren-Heinsberg), Frank Schulz (Region Köln), Veronika Berger (Region Düsseldorf-Niederrhein), Jens Geibel (Region Köln), Johannes Stirnberg (Aachen-Düren-Heinsberg) und Marcel Foré (Aachen-Düren-Heinsberg); nicht im Bild: Martin Schauerte (Bonn-Siegburg-Euskirchen).

Jens Geibel wurde als Landesvorsitzender bestätigt. Auch der geschäftsführende Vorstand mit Frank Schulz und Marcel Foré als stellvertretende Landesvorsitzende sowie Johannes Stirnberg als Schatzmeister wurden wiedergewählt. Durch die Bestätigung von Katarina Fink als Beisitzerin und durch die Wahl von Veronika Berger, Martin Schauerte und René Löffler als neuen Beisitzern ist der Gesamtvorstand wieder mit acht Personen besetzt. Der Parteitag dankte den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren Beitrag und ihr Engagement.

Inhaltlich herrschte nahezu vollständige Einigkeit. Die Delegierten beschlossen die Gründung der Landesarbeitskreise „Inklusion“ und „Wasser“. Auch die frühzeitige strategische Planung für die kommenden Wahlen – Landtagswahl 2027 und Bundestagswahl 2029, einschließlich eines möglichen vorgezogenen Termins – wurde einhellig begrüßt.

Ausblicke auf die weitere politische Ausrichtung fanden ebenfalls großen Zuspruch.

Besonders hervorgehoben wurde die sehr harmonische und konstruktive Atmosphäre. Viele Delegierte bezeichneten den Parteitag als einen der angenehmsten und ausgeglichsten der vergangenen Jahre.

Der Veranstaltungsort erhielt ebenfalls viel Lob: Das KSI bot ideale Bedingungen für Austausch und Zusammenarbeit. Ein besonderes Highlight war der gemeinsame Abend, der großen Anklang fand und den persönlichen Austausch vertiefte. NRW ist für die Zukunft aufgestellt!

### ÖDP Nordrhein-Westfalen

Jens Geibel, Landesvorsitzender  
Tel.: 0151 17681612  
[info@oedp-nrw.de](mailto:info@oedp-nrw.de)  
[www.oedp-nrw.de](http://www.oedp-nrw.de)



## Sachsen

### Anerkennung für ÖDP-Kurs im Osten

Vom 21. bis 23. November 2025 trafen sich in Höfgen die ostdeutschen ÖDP-Landesverbände zur 5. Klausur. Der Besuch des Bundesvorsitzenden Günther Brendle-Behisch zeigte deutlich: Der Bundesvorstand misst der ÖDP in Ostdeutschland hohe Bedeutung bei und unterstützt sie aktiv.

Die Teilnahme eines Kommunalpolitikers aus dem Landkreis Leipzig zeigt, dass die strukturelle Erneuerung und regionale Verankerung Anerkennung finden. Dies wurde auch auf dem Bundesparteitag in Bingen gewürdigt, der die ostdeutschen Anträge annahm, welche die Lebensleistung der Bürger ins Zentrum politischer Arbeit stellen.

Der unter Markus Taubert gestartete Strategie- und Findungsprozess wurde mit Blick auf das Superwahljahr 2029 weitergeführt. Er wird die ÖDP im Osten stärker sichtbar und wirksam machen. Der Austausch mit Bürgern sowie neue regionale

Projekte nehmen Form an. Mit dem Begegnungsraum in Meißen ist ein erster konkreter Baustein gesetzt.

Martin Truckenbrodt stellte eine Analyse zukünftiger Wahantritte sowie die Entwicklung moderner Formen der Wählerkommunikation vor. Die Teilnehmenden kamen trotz unterschiedlicher Positionen beim Thema Ukrainekrieg zu einem gemeinsamen Ergebnis: Europa muss langfristig mehr Eigenverantwortung übernehmen.

Alle Landesverbände sind entschlossen, ihre Kooperation zu vertiefen. Die wachsende Vernetzung vor Ort und die Unterstützung des Bundesvorstands stärken das Vertrauen in eine kontinuierlich wachsende ÖDP im Osten.

#### ÖDP Sachsen

Harald Vauk  
Landesgeschäftsführer  
info@oedp-sachsen.de  
www.oedp-sachsen.de



Foto: Harald Vauk

Ähnlich wie die „Werkstatt der Mutigen“ im Februar 2025 in Leipzig, soll auch der Begegnungsraum in Meißen zur Vernetzung mit gesellschaftspolitisch interessierten Menschen dienen.



Foto: ÖDP

Der neue Landesvorsitzende Olaf Kipp (links) mit der 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Kirsten Elisabeth Jäkel, und seinem Stellvertreter Björn Fricke

## Schleswig-Holstein

### Neuer Vorstand mit Ambitionen

Am 01.11.2025 standen beim Landesverband Schleswig-Holstein Vorstandswahlen an.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Olaf Kipp aus Elmshorn, zum stellvertretenden Vorsitzenden Björn Fricke aus Kiel, zum Schatzmeister Johannes Jessen aus Mölln und zum Beisitzer Christoph Metzler aus Neuendorf gewählt.

Aus dem alten Landesvorstand, dem für seine Arbeit gedankt wurde, gab es kleine Dankesgeschenke für Olaf Kipp und seinen Wahlkampfmanager André Bujok vom Landesverband Hamburg. Dieser hatte Olaf tatkräftig dabei unterstützt, die ÖDP als OB-Kandidat bekannt zu machen.

Der Landesparteitag entschied, dass das Büro in Elmshorn bestehen bleiben und künftig als Geschäftsstelle dienen soll. Hiervon versprechen wir uns eine bessere öffentliche Präsenz und Wahrnehmung des Landesverbands.

Weiterhin wurde beschlossen, dass wir bei der Landtagswahl 2027 antreten wollen und hierfür im Februar 2026 eine Aufstellungsversammlung durchführen. Es wäre das erste Mal, dass die ÖDP in Schleswig-Holstein bei einer Landtagswahl teilnimmt.

Der positive Wahlerfolg von Olaf Kipp als OB-Kandidat (von 0 % auf knapp 6 %) in Elmshorn soll genutzt werden, um im Norden richtig Fahrt aufzunehmen, neue Mitglieder zu gewinnen und mit Aktionen und Infoständen landesweit mehr Sichtbarkeit zu erlangen. Teil dieses neuen Kurses der ÖDP Schleswig-Holstein soll auch die Gründung von Unterverbänden und die Zusammenarbeit mit NGOs sein.

#### ÖDP Schleswig-Holstein

Olaf Kipp, Landesvorsitzender  
Tel.: 0176 32346231  
olaf.kipp@oedp.de  
www.oedp-sh.de



## Arten- und Naturschutz

# Gemeinsam Artenvielfalt und Lebensgrundlagen sichern

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Arten- und Naturschutz der ÖDP richtet seine zukünftige Arbeit klar an den ökologischen Kernanliegen der Partei aus und schärft dafür seine internen Strukturen. Im Mittelpunkt steht die fachlich fundierte Weiterentwicklung zentraler Naturschutzthemen, die sowohl innerparteilich als auch nach außen stärker sichtbar werden sollen. Dazu gliedert sich der BAK künftig in drei aufeinander abgestimmte Arbeitsgruppen, die gemeinsam ein breites Spektrum naturschutzrelevanter Fragestellungen bearbeiten.

Die Arbeitsgruppe 1 „Biodiversität & Lebensräume“ widmet sich dem Biotopverbund sowie der Förderung von Arten in der Fläche. Sie befasst sich mit der ökologischen Qualität von Lebensräumen und der Stärkung von Populationen gefährdeter Arten.

Die Arbeitsgruppe 2 „Ressourcenschutz & Klimaresilienz“ legt ihren Schwerpunkt auf Wasserrückhalt und die Stabilisierung von Ökosystemen wie z.B. Mooren als natürliche Klimapuffer, das sogenannte Schwammprinzip, sowie auf den Schutz

und die Wiedervernässung von Mooren. Wasser, Boden und Klimaresilienz bilden dabei den thematischen Rahmen, doch der Fokus ist deutlich gesetzt: Wasser in der Landschaft halten, empfindliche Ökosysteme stabilisieren und ihre Funktion als natürliche Klimapuffer sichern. Die AG erarbeitet dazu sowohl fachliche Grundlagen als auch anwendungsorientierte Empfehlungen für Politik und Praxis.

Als verbindendes Element wirkt die Arbeitsgruppe 3, eine Querschnitts-AG für angewandtes Naturschutzrecht und Politik. Sie beobachtet relevante Gesetzes- und Richtlinienprozesse auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene und übersetzt fachliche Ergebnisse aus den AGs 1 und 2 in konkrete Vorschläge für Programme, Stellungnahmen und Initiativen. Zudem erstellt sie gut verständliche Texte für Mitglieder, Mandatsträger und die Öffentlichkeit. Damit bildet sie das organisatorische Rückgrat für die politische Wirksamkeit der inhaltlichen Arbeit.

Aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen sollen praxistaugliche Initiativen und Posi-

tionierungen entstehen, die zwei der wichtigsten naturschutzpolitischen Kernthemen der ÖDP wieder stärker in den Vordergrund rücken: den konsequenten Schutz der biologischen Vielfalt und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der BAK versteht seine Neuausrichtung auch als Chance, externe Fachleute stärker einzubinden und neue Impulse aus Wissenschaft und angewandtem Naturschutz zu gewinnen. Viele Expertinnen und Experten aus der Biologie und benachbarten Disziplinen haben

bereits Interesse signalisiert, ihr Wissen in die Arbeit einzubringen – ein Potenzial, das der BAK gezielt nutzen möchte. So soll der ÖDP-Bundesarbeitskreis Arten- und Naturschutz zu einer attraktiven Anlaufstelle für alle werden, die mit fundiertem Fachwissen und Engagement den Schutz der Natur in Deutschland wirkungsvoll voranbringen wollen. Dazu ergeht eine herzliche Einladung zur Mitarbeit.

Thomas Löb  
BAK-Vorsitzender

## Christen in der ÖDP

# Mitgliederversammlung in Beuron

Die Frage nach der Vereinbarkeit eines assistierten Suizids (Selbsttötung auf Verlangen mithilfe einer anderen Person) mit dem christlichen Glauben war eines der Themen, die vom 24. bis 26. Oktober 2025 auf der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises „Christen in der ÖDP“ im Gästehaus der Erzabtei St. Martin in Beuron im Oberen Donautal behandelt wurden.

Bei der regulären Wahl des Leitungsteams wurden der BAK-Vorsitzende Martin Weinmann und sein Stellvertreter Martin F. Dreß wiedergewählt. Unterstützt werden sie von Lothar Mohn, Dirk Zimmermann, Hildegard Meyer, Axel Gebhardt, Werner Roleff und Dirk Uehlein im Beisitz.

Ein Rückblick auf die Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus, die vor zehn Jahren veröffentlicht wurde, kam zu dem Ergebnis, dass das Artenschutz-Volksbegehren in Bayern ohne diese Enzyklika vermutlich nicht so erfolgreich gewesen wäre.

Schließlich bereiteten die elf anwesenden BAK-Mitglieder bereits den Infostand am Katholikentag vor, der vom 13. bis 17. Mai



Foto: ÖDP

2026 in Würzburg stattfindet. Wer dort mitarbeiten möchte, wird gebeten, sich beim Vorsitzenden ([martin.weinmann@oedp.de](mailto:martin.weinmann@oedp.de)) zu melden.

Axel Gebhardt  
Beisitzer im BAK-Vorstand



Foto: Stepan Vraný / pixels.com

## Wirtschaft und Finanzen

# Arbeit an Konzepten und Wirtschaftskompetenz



Foto: Carlos Penamaria / iuay / pexels.com

Wir leben in einer wachstumsgetriebenen Welt, die ihre eigenen Grundlagen zerstört. Oft liefert die Wirtschaftstheorie Ausreden, um sich nicht ändern zu müssen. Dabei wäre eine Wirtschaftspolitik nötig, die der Verwaltung knapper Ressourcen dient. Die ÖDP steht für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Auch in einer nachhaltig ausgerichteten Wirtschaftsordnung kommt es jedoch darauf an, die Kreisläufe funktionsfähig zu halten. Das Problem der weltweiten Ungerechtigkeit liegt in der hohen Produktivität unserer Wirtschaft mit einem hohen Einsatz fossiler Energie. Das wollen wir mit dem Emissionshandel und der Ökologisch-Sozialen Steuerreform ändern.

Anfang November 2025 trafen sich Mitglieder unseres BAK in Würzburg und diskutierten über diesen Ansatz. Außerdem ging es um Währungspolitik, Emissionshandel, alternative Wirtschaftssysteme und die Weiterführung der Symposien „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“. Bei den turnusgemäßen Wahlen wurde Ulrich Brehme als BAK-Vorsitzender bestätigt. Unterstützt wird er u. a. von Prof. Dr. Herbert Einsiedler und Reinhard Becker.

Inhaltliche Schwerpunkte der Mitgliederversammlung bildeten die Themen Währungspolitik und Staatsverschuldung. Wir diskutierten über die „Modern Monetary Theory“ (MMT) und die Wirkung dieser Ideen auf den Euro. Die Vorstellungen hierzu gingen weit auseinander. Die MMT will mit Steuern die Geldmenge begrenzen.

Kritik entzündete sich aber vor allem an der inflationären Wirkung der Staatsfinanzierung über Kredite. In einem Vollgeldsystem kann der Staat zinslos Geld in Umlauf bringen. Es sind auch Vollgeldsysteme mit einer Geldschöpfung der Geschäftsbanken möglich. Wir werden die Diskussion darüber fortsetzen.

Das Steuerkonzept der ÖDP möchten wir um neue Elemente ergänzen. Denn durch Erbschaften nehmen die Vermögensunterschiede in Deutschland immer weiter zu. Auch Betriebsvermögen von Unternehmen müssen stärker in die Finanzierung des Staates einbezogen werden.

Insgesamt möchten wir uns dafür einsetzen, dass das Wirtschaftsprogramm der ÖDP bekannter wird und inner- wie außerparteilich die Wirtschaftskompetenz zunimmt. Wer uns dabei unterstützen möchte, darf gerne Kontakt aufnehmen: bak.wf@oedp.de

Ulrich Brehme  
BAK-Vorsitzender

## Familie und Soziales

# Mit neuem Schwung bei der Arbeit

Nachdem unser langjähriger engagierter BAK-Vorsitzender Dr. Johannes Resch sich altershalber zurückgenommen hatte, wurde im Sommer 2025 eine Mitgliederversammlung mit Wahlen durchgeführt. Mit der

neuen Vorsitzenden Ute Hermann, Stellvertreterin Irmi Staehler und Beisitzerin Christine Mehlo-Plath wird der Arbeitskreis nun seine Arbeit fortführen. Beim 65. ÖDP-Bundesparteitag in Bingen am Rhein konnten an einem Infostand aktuelle Themen angesprochen werden. Die Überarbeitung der familien- und sozialpolitischen Inhalte im Parteiprogramm und ein neuer Flyer als eine Möglichkeit der außenwirksamen Darstellung der ÖDP sind die ersten großen Schwerpunkte im BAK.

Mit „Soziales“ geht das Themenfeld weit über den Kernpunkt „Familie“ hinaus. Die Renten zum Beispiel sind aktuell ein zentrales Gesprächsthema in der Bevölkerung.

Im BAK bilden wir ein gutes Team mit unterschiedlichen Perspektiven und Fähigkeiten. ÖDP-Mitglieder mit ihrer Expertise zu den verschiedenen Aspekten des Themenfeldes sind in unserem Arbeitskreis herzlich willkommen.

Ute Hermann  
BAK-Vorsitzende



Foto: ÖDP

Scan me

## Mehr ÖkologiePolitik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- € (per Post) bzw. für 10,- € (per E-Mail) im Jahr abonnieren. Alle Infos erhalten Sie unter:

→ [www.oekologiepolitik.de/abonnement/](http://www.oekologiepolitik.de/abonnement/)



## IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:

1. April 2026

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg  
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29  
info@oedp.de | www.oedp.de  
Transparenz-Erklärung: oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann  
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München  
guenther.hartmann@oedp.de  
Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen  
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Dr. Björn Benken, Ulrich Brehme, Günther Brendle-Behnisch, Matthias Dietrich, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Jens A. Geibel, Ute Hermann, Prof. Dr. Claus Jacob, Kirsten Elisabeth Jäkel, Helmut Kauer, Olaf Kipp, Claude Kohnen, Simone Lettenmayer, Thomas Löb, Urban Mangold, Manuela Ripa, Wolfgang Schaefer, Bernhard Suttner, Harald Vauk, Martin Weinmann, Ronja Zöls-Biber

Interviewpartner

Christian Pettinger, Uwe Ritzer, Dr. Elsg Schrade

Layout

Grafikstudio Art und Weise, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei  
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820  
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



RECYCLED  
Papier aus  
Recyclingmaterial  
FSC® C116176

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



öd  
aktiv!

Foto: Elske Schrade

**Dr. Elske Schrade**

Jahrgang 1967, arbeitet als Ärztin für Strahlentherapie und Radioonkologie im Klinikum Heidenheim. Seit 30 Jahren ist sie Mitglied der ÖDP – zunächst in Freising und seit 1999 im Kreisverband Heidenheim. Dort bekleidet sie das Amt der Kassenprüferin. Im Juni 2024 wurde sie für die ÖDP in den Heidenheimer Stadtrat gewählt.

elsge.schrade.gr@t-online.de

## Für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Heidenheim

Am nordöstlichen Ende der Schwäbischen Alb liegt in einer Talweitung der Brenz, einem Nebenfluss der Donau, die Stadt Heidenheim. Seit Juni 2024 ist die ÖDP mit der Ärztin Dr. Elske Schrade im Gemeinderat dieses Mittelzentrums mit einem Sitz vertreten. ÖkologiePolitik hat sie zu ihrem Engagement interviewt.

**ÖkologiePolitik: Wie viele Mandatsträger haben Sie als Kreisverband/Ortsverband derzeit? Und seit wann?**

Dr. Elske Schrade: Ich bin seit 06/2024 einzige und erstmalige ÖDP-Stadträtin im Gemeinderat der Stadt Heidenheim. Im Kreistag des Landkreises Heidenheim war die ÖDP seit mehreren Legislaturperioden mit 1–2 Mitgliedern vertreten, aktuell mit einem.

**Wie haben Sie das geschafft?**

Die ÖDP hat im Landkreis Heidenheim in den beiden Gemeinden Dischingen und Gerstetten zwei aktive Ortsverbände. Dort sitzen je zwei Vertreter im Gemeinderat.

In Heidenheim selbst gab es bislang keinen Ortsverband. Bei den letzten Kommunalwahlen im Juni 2024 konnte die ÖDP erstmals eine eigene Kandidatenliste für den Gemeinderat der Stadt Heidenheim aufstellen und war zumindest mit einem Sitz (von 35) erfolgreich.

**Was haben Sie in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?**

Ich bin in Fraktionsgemeinschaft mit den Grünen, gemeinsam haben wir 7 Sitze, gleichauf mit der SPD/Linke-Fraktion und in der Minderheit gegenüber CDU/FDP (9 Sitze) sowie den Freien Wählern (FW,

9 Sitze), dazu 2 AfD-Sitze und 1 DKP-Sitz. Unser Oberbürgermeister ist parteilos, aber SPD-nahe.

Wir haben gemeinsam mit der SPD und den FW die Umsetzung des Lärmaktionsplans beschlossen, der eine Tempo-30-Begrenzung auf den beiden durch die Innenstadt führenden Bundesstraßen und ihren Parallelstraßen beinhaltet. Die CDU hat zwar nochmals eine Verzögerung bewirkt, sie kann die Umsetzung aber nicht verhindern.

Wir haben beschlossen, die – vor allem wegen der Kanalisation notwendige – Sanierung der Innenstadt nach Hitzeschutzkriterien mit viel Grün und einem Schwammstadtkonzept in Angriff zu nehmen. Dazu wurde aktuell die Fußgängerzone teilweise um einen Straßenzug erweitert.

Schon in der vorherigen Legislaturperiode wurde ein Radwegekonzept erstellt, was aktuell schrittweise umgesetzt wird. Wir versuchen uns da weiter konstruktiv einzubringen.

Eine Freiflächen-PV-Anlage in einem städtischen Teilort, die aktuell im Bau ist, haben wir mit beschlossen.

**Was ist unter einem Schwammstadtkonzept zu verstehen und inwiefern kann Heidenheim davon profitieren?**

Durch vermehrte Pflanzung von Bäumen und Sträuchern auf wasseraufnehmendem, granulathaltigem Untergrund soll die Gefahr von Überschwemmungen nach Starkregen verringert werden. Außerdem hofft man, dass sich durch die Verdunstung aus dem Granulat und den Pflanzen die Luftqualität verbessert und dass für Abkühlung gesorgt wird. Der Heidenheimer Rathausplatz ist bislang großflächig gepflastert. Hier soll durch die Neugestaltung mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden.

**Welche aktuellen Themen bewegen Sie und die Stadt außerdem?**

Mir persönlich ist der geplante Stadionausbau des FCH [Fußballclub 1. FC Heidenheim, die Redaktion] auf dem Schlossberg ein großes Ärgernis. Dieses gigantomanische Vorhaben mit geplanten 23.000 Zuschauerplätzen (bisher 15.000 Plätze, bei einer Einwohnerzahl von 50.000!), zwei Parkhäusern, einer Fußgängerbrücke und Rodung von 3,5 Hektar Stadtwald war auch der Auslöser meiner Kandidatur für den Gemeinderat.

**Können Sie sich als ÖDPLerin da einbringen und profilieren?**

Ich habe mit nahezu allen Beteiligten gesprochen, mehrere Einwendungen an Stadt, FCH, Regierungspräsidium etc. geschrieben. Es gab viele Alternativvorschläge, die kein Gehör fanden, eine Bürgerinitiative hat inzwischen aufgegeben. Leider wird allein ein Abstieg aus der ersten Liga vielleicht die Pläne noch stoppen können, bislang sieht es nicht danach aus.

**Welche Themen werden vermutlich künftig wichtig sein?**

Ich möchte mich für eine kommunale Energiewende der Stadt Heidenheim einsetzen. Die Stadt ist allerdings wie die meisten Kommunen klamm bei Kasse. Mehr Geld könne nur durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete generiert werden, sodass aktuell auch ein neues Gewerbegebiet im Süden der Stadt gebaut werden soll, trotz aller Warnungen vor weiterem Flächenfraß. Der Gemeinderat hat leider mehrheitlich dafür gestimmt.

**Haben Sie vor, sich da zu profilieren?**

Gemeinsam mit der Grünenfraktion haben wir angeregt, dass Bürgerbeteiligungsmodelle für Photovoltaik- oder Windkraftanlagen geschaffen werden, bislang jedoch ohne konkrete Projekte. Wir verfolgen auch die Umsetzung des Wärmeplans der Stadt und setzen uns für ein Nahwärmenetz für die Innenstadt ein.

## Sauberes Wasser? Aber klar doch!

Wasser bewegt. Ohne sauberes Wasser können wir und unzählige andere Kreaturen nicht leben. Wenn es verschmutzt ist oder fehlt, leiden wir. Umgekehrt werden wir aber auch von zu viel Wasser bedroht. Am besten ist es daher, wir respektieren und schützen das Wasser als natürliches Gemeingut in seinen eingespielten Bahnen. Dafür treten wir als ÖDP ein. Und je mehr wir sind, desto mehr können wir bewegen. Machen Sie mit?

ödp

## Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied  Schnuppermitglied<sup>1</sup>
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung. ökologisch“ sein.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

<sup>2</sup> Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

**Pflichtfeld\* bitte ausfüllen!**

Vorname\* \_\_\_\_\_

Name\* \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr.\* \_\_\_\_\_

PLZ, Ort\* \_\_\_\_\_

E-Mail\* \_\_\_\_\_

Mobil/Telefon\* \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

Geburtsdatum\* \_\_\_\_\_

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von \_\_\_\_\_

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)\*: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an [datenschutz@oedp.de](mailto:datenschutz@oedp.de) widersprechen. Zusätzliche Informationen: [www.oedp.de/datenschutz](http://www.oedp.de/datenschutz)

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular: [www.oedp.de/mitgliedschaft](http://www.oedp.de/mitgliedschaft)



Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 10,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 11,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 5,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung  10 € als PDF (digital)

### SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054  
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung  halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in\* \_\_\_\_\_

IBAN\* \_\_\_\_\_

Bank/BIC \_\_\_\_\_

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum\* \_\_\_\_\_

Unterschrift\* \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und per Post senden an:  
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1  
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

## Jede Spende zieht Kreise

ödp

... weil wir damit neue Mitglieder gewinnen können!

Ihre/Deine Spende stärkt die Mitgliederwerbung der ÖDP.

Empfänger:  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE47 3702 0500 0009 8152 01  
BIC: BFSWDE33XXX  
Zweck: Mitglieder gewinnen



## Bitte vormerken!

21.03.2026 (Sa.)  
Landesparteitag der ÖDP Berlin in Berlin  
[www.oedp-berlin.de](http://www.oedp-berlin.de)

22.03.2026 (So.)  
Landtagswahl Rheinland-Pfalz  
[www.oedp-rlp.de](http://www.oedp-rlp.de)

28.03.2026 (Sa.)  
Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern in München  
[www.oedp-oberbayern.de](http://www.oedp-oberbayern.de)

11.04.2026 (Sa.)  
Landesparteitag der ÖDP Hessen in Frankfurt a. M.  
[www.oedp-hessen.de](http://www.oedp-hessen.de)

11./12.04.2026 (Sa./So.)  
Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg in Gerlingen  
[www.oedp-bw.de](http://www.oedp-bw.de)

15.04.2026 (Mi.)  
ÖkologiePolitik im Dialog zum Thema „Wasser“  
siehe Hefrückseite

25./26.04.2026 (Sa./So.)  
66. ÖDP-Bundesparteitag (online)  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

09.05.2026 (Sa.)  
Landesmitgliederversammlung der ÖDP NRW  
in Bottrop  
[www.oedp-nrw.de](http://www.oedp-nrw.de)

20.06.2026 (Sa.)  
Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz in Cochem  
[www.oedp-rlp.de](http://www.oedp-rlp.de)

16.-18.10.2026 (Fr.-So.)  
67. ÖDP-Bundesparteitag in Chemnitz  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

07.11.2026 (Sa.)  
ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

ÖkologiePolitik  
Thema im Juni 2026:

Digitalisierung  
und KI

Foto: pixabay.com - Foto: Hand Jackin, Spinn7/shutterstock.com

Online-Veranstaltung:

# ÖkologiePolitik im Dialog

Wir brauchen und verbrauchen es –  
wie kann eine nachhaltige Nutzung aussehen?

## Wasser

am 15.04.2026 um 19:00 Uhr

Aktuelle  
Infos und  
Teilnahme:



[www.t1p.de/3t9wv](http://www.t1p.de/3t9wv)

Tauchen Sie tiefer in die Materie ein mit  
Bernhard Suttner, Simone Lettenmayer, Thomas Löb,  
Uwe Ritzer und Christian Pettinger aus der  
aktuellen ÖkologiePolitik.

ÖkologiePolitik weiterempfehlen  
und abonnieren! Gedruckt oder online.  
[www.oekologiepolitik.de](http://www.oekologiepolitik.de)



Werden Sie Mitglied!  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

